

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunauerstr. 126, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 3.50, frei ins Haus M. 3.98, wo keine Post am Orte, M. 3.84.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessante Gedächtnisblätter für die einflussreiche Kolonialpolitik oder deren Raum. 25 Pfennige, für Kreisblätter, Kreis- und Bezirksvereine 15 Pfennige. Auswärtige Post 25 Pf. Preis für die nächste Nummer müssen die Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 240.

Donnerstag, den 14. Oktober 1909.

20. Jahrgang.

Im Zentrumslager.

Den Vorstoß der Zentrumsleute unter Dr. Fleischers Führung, der vor zwei Wochen in die Nikolai-Vorstadt unternommen wurde, hat die Sozialdemokratie mit einer riesenhaft besuchten Gegenversammlung im gleichen Lokale beantwortet, zu der sie auch die Zentrumsleute einlud. Diese Einladung wurde damals zurückgewiesen, die Zentrumsleute wollten über die Finanzreform nicht in einer öffentlichen Wähler-versammlung, sondern nur in einer geschlossenen Versammlung der eigenen Anhänger verhandeln. Zu dieser Versammlung lud man Genossen Löbe, der in der ersten Zentrumsversammlung niedergeschrien worden war, als ersten Diskussionsredner ein. Als unser Genosse diese Einladung angenommen hatte, begann ein ganz merkwürdiges System der Aushebung der Zuhörer. Von der Versammlung ausgeschlossen wurden 1. alle Sozialdemokraten, 2. Anhänger anderer bürgerlichen Parteien und 3. wurden auch nur diejenigen Zentrumsleute zugelassen, die man vorher mit einer Legitimationskarte versehen hatte. Keine anderen durften den dichten Kordon von Ordnern passieren, der um das Vincenzhaus gezogen war und selbst die Besitzer von Einladungskarten mußten ihre Karten wohl ein halbes Duzend Mal vorzeigen, ehe sie ins Allerheiligste zugelassen wurden. Es war also eine Auslese von Getreuen in dem Lokal versammelt, das an Größe gegenüber dem früheren Raume, dem Kronprinzen, erheblich zurücksteht. Genosse Löbe sprach eine knappe Stunde, ging auf jeden Punkt der Fleischerschen Rede ein und wurde in dieser seiner Anfangsrede auch ruhig angehört. Dann aber ließ man ganz Schlesien auf ihm los. Erst eine reichliche Stunde Arbeitersekretär Bull-Breslau, dann 1/4 Stunden kath. Arbeitersekretär Müller-Waldenburg, dann eine halbe Stunde kath. Arbeitersekretär Wilken-Reichenbach und dann noch eine Rede des Eisenbahnsekretärs Hufse, Vorsitzender des Windthorst-Bundes. Damit hatte man die Zeit wieder bis kurz vor Mitternacht gebracht und nun begann man unter Führung des Herrn Bull eine Antwortrede des Genossen Löbe unmöglich zu machen. Dieser verlangte schließlich nur auf 10 Minuten das Wort zur Erwiderung — vergeblich, unter Führung einiger Präziden katholischer Arbeitervereine waren im Saal Kolonnen organisiert, welche durch mächtige Schlußrufe sein Weiterprechen unmöglich machten und schließlich eine Erwiderung ablehnten. So wenig Noblesse hatte selbst der unparteiische und taktvolle Leiter der Versammlung, Herr Arbeitersekretär Hornig nicht erwartet, er bedauerte öffentlich den Beschluß, ein Bedauern, das privatim unserem Genossen gegenüber auch von Vielen geäußert wurde. Es blieb nur noch Zeit, eine im Sinne des Zentrums gehaltene Resolution anzunehmen und festzustellen, daß man 120 neue Anhänger gewonnen habe. Wie man in einer Versammlung, zu der man nur geprüfte Anhänger zuläßt, neue Anhänger gewinnen kann, ist uns einigermassen schleierhaft, indes — die Karlen waren da.

Die Ausführungen unseres Redners, so gründlich man seine Erwiderung auch abgewürgt hatte, werden nicht ganz vergeblich bleiben. Schon mußte der katholische Arbeitersekretär Müller zugestehen, daß durch die Finanzreform leider auch viele Zentrumsarbeiter „irreführi“ worden seien. Aber noch in einer anderen Beziehung haben die christlichen Organisationen gestern ihre Unfähigkeit bewiesen. Genosse Löbe lud die katholischen Arbeiter in einer Resolution zur Teilnahme am Schnapsboykott ein, sie hatte einen Wortlaut, die keinen Zentrumsman verlegt. Sie lautete nämlich:

Um die durch Annahme der Finanzreform herbeigeführten Mehransgaben der Arbeiterfamilien etwas auszugleichen, empfiehlt die heutige Versammlung katholischer Arbeiter und Bürger Deutschlands den Genossinnen und Genossen im Lande sich fortan des Branntweinvergnügens zu enthalten. Sie werden damit sich selbst und ihren Familien eine Wohlthat erwirken. Löbe.

Unter Führung zweier katholischen Arbeitersekretäre (1), Bull und Wilkenel, welche meinten, die katholischen Arbeiter tranken sowieso keinen Schnaps und könnten ja andernfalls ins Blaukreuz gehen, lehnte die Versammlung die Resolution gegen den Schnaps ab! Ein traurigeres Reizeignis konnten sich die christlichen Führer nicht ausstellen, ihr Beschluß wird in ganz Deutschland die gebührende Beachtung finden.

Nachstehend geben wir einen Bericht über den Verlauf der Versammlung. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden, Arbeitersekretär Hornig, nahm das Wort Genosse Löbe zu folgenden Ausführungen:

Werte Herren Gegner! Als der gegenwärtige Reichstag gewählt wurde, schrieb der Zentrumsman Eraberger in seiner Broschüre „Die Steuerpolitik des Zentrums“, daß der Reichstag wohl 100 Millionen Mark neuer Steuern bewilligen müssen und er fährt dann fort:

„Woher sollen diese kommen? Das Zentrum hat es bei der großen Reichsfinanzreform (gemeint ist die von 1906) erreicht, daß der Kleine und mittlere Mann nicht oder nicht schwer getroffen sind (1); es hat auch jetzt schon erreicht, daß es keinen Pfennig an neuen Steuern bewillige, ehe nicht die Brauntweinsteuer verbessert wird; aus dieser werden jetzt die großen Brennereien jährlich nahezu 50 Millionen in ihre Tasche, und doch gehören

diese Gelder von Rechts wegen dem Reiche! Es sind dies „Utebesgaben“ der verschiedensten Art an die selbstlichen und andere Großbrenner! Wenn das Zentrum in alter Stärke wiederkehrt, ist das Volk in seinen breiten Schichten vor neuen großen Steuern bewahrt! Ganz anders aber ist es, wenn der Anti-Zentrumsblock siegt! Die Konserbaltiven haben es schon im Frühjahr 1906 verurteilt, auf Bier und Tabak hohe Steuern zu legen, Nationalliberale haben offen erklärt, daß es das Zentrum gewesen sei, das eine höhere Besteuerung dieser Artikel verhindert habe! Wenn also die Gegner des Zentrums siegen, dann folgt eine ungeheure Erhöhung der indirekten Steuern!“

Weiter heißt es da: „Das Zentrum kämpft für eine gesunde Finanzpolitik! — Wir sind gegen die Schuldenwirtschaft! Das Zentrum ist für den Schutz der unteren und mittleren Volksschichten! Wir sind gegen die Erhöhung der indirekten Steuern!“

Nach diesen Ausführungen Erabergers, die in allen Wahlflugblättern des Zentrums pariert wurden, ist der Unwille wohl erklärlich, der sich heute in allen Versammlungen kundgibt, und der in dem Sturz der Zentrumsstimme bei allen Nachwahlen zum Ausdruck kommt. Nun hat Herr Fleischers zur Rechtfertigung der Haltung des Zentrums auf die sozialpolitischen Ausgaben hingewiesen: 45 Millionen Steigerung des Reichsausschusses für Invalidenrenten, 30 Millionen für Kriegsinvaliden, 121 Millionen für Beamtenbesoldungen und die Mittel für die Hinterbliebenenversicherung. Abgesehen davon, daß Mittel für die letztere noch gar nicht vorgezogen sind, konnten die anderen Ausgaben schon durch die kleine Finanzreform von 1906 gedeckt sein. Unsere indirekten Steuern sind doch von 237 Millionen im Jahre 1878 und 715 im Jahre 1897 auf 1063 im Jahre 1908 gestiegen! Den 200 Millionen, von denen Herr Fleischers spricht, stehen schon 800 Millionen neuer Steuerlasten gegenüber! Es sind also nicht sozialpolitische Ausgaben, die die Reichsfinanzreform nötig machten, sondern die enormen Militärlasten, die von 486 Millionen im Jahre 1878 auf 976 im Jahre 1898 und auf 1563 im Jahre 1908 emporschnellten. Fünftzig Prozent Bevölkerungszuwachs und 300 Prozent Militärlasten-Zuwachs! Was sind dagegen die 200 Millionen Ausgaben für die Sozialpolitik, für die Krieger und für die Beamten? Nun hat Herr Fleischers allerdings gemeint, die Militärbelastung sei nicht so schlimm, da in Deutschland auf den Kopf nur 18 Mark, in Frankreich 23 Mark, in England 28 Mark kommen; er unterließ dabei zu erwähnen, daß es in England keine allgemeine Militärpflicht gibt und mithin nicht jahrelange Arbeitskraft geopfert werden braucht, und daß die Einkommensteuer dort erst bei 3200 Mark beginnt. Er hat bei Frankreich nicht erwähnt, daß das Land noch an den 5 Milliarden Kriegsschuld zu schleppen hat. Wie schlimm es in Deutschland wirklich steht, zeigt ein Blick auf die Reichsschulden, die im Jahre 1875 erst 16 Millionen betragen, im Jahre 1888 auf 720 Millionen anwuchsen, bis dann 1890 die erste Milliarde, 1895 die zweite, 1904 die dritte und 1907 die vierte voll wurde, während wir jetzt auf die fünfte losmarschieren. Nun schiebt Herr Fleischers den nationalen Gegensatz und die Kriegszustörungen dem Materialismus unserer Zeit, der schrankenlos die Wirtschaft zu, die nicht mehr auf Gott vertraue. Als ob es nicht in den kritischsten Zeiten Kriege gegeben hätte: den 30jährigen in Deutschland, den Sulttankrieg in Böhmen, die Religionskriege in Frankreich, England und Irland. Unsere heutigen Kolonialkriege entstehen zum Teil durch das unerwünschte Eindringen der Missionare, zum Beispiel in China, oder durch die Beutezüge des christlichen Kapitalismus der frommen Spanier in Marokko. Die Welt ist selbst bedrohen sich nicht, die Arbeiter wollen den Frieden, warum also hilft das Zentrum nicht den Arbeiterparteien bei ihren Bemühungen, die Abrüstungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen? Statt dessen unterstützt es die Militärsfanatiker. Suene und seine Freunde haben im Jahre 1893 der großen Militärvorlage zur Annahme verholten. Das ganze Zentrum hat 1898 die erste Flottenvorlage, 1899 die Erhöhung der Friedenspräsenz, 1900 die zweite Flottenvorlage, 1903 eine nochmalige Erhöhung der Friedenspräsenz, später die Ausgaben für Kaukasien, den Chinafeldzug und den Sonttentententrieg bewilligt. Und haben Sie nicht die ausgesprochene Militärpartei, die Konserbaltiven, bei allen Wahlen unterstützt? Haben Sie nicht Sakfeldt getötet?

Nun hat Herr Fleischers über die Verteilung der direkten und indirekten Steuern gesprochen, und ist zu dem Resultat gekommen, daß die Besitzenden 2300 Millionen, die Nichtbesitzenden aber nur etwa 980 Millionen bezahlen. Nach meiner sozialdemokratischen Auffassung kann überhaupt kein Couponabschneider Steuern bezahlen, wenn sie nicht vorher von Arbeitern verdient sind. Aber auch nach seiner Anschauung hat Herr Fleischers die Grenze falsch gezogen, indem er kleine Gewerbesteuern und Gebühren für Leistungen an den Grundbesitz als Besteuern mitzählt. In Wirklichkeit zahlen wir insgesamt an Reichs- und Gemeindefteuern schon vor der Finanzreform (Redner zählt die Posten für indirekte Steuern auf).

Dazu kommen noch 62 Millionen Schnapsbrenner-Utebesgabe, die Sie früher selbst bewilligt haben, 20 Millionen Zuckerpämie und die 800 Millionen Mark betragende Besteuerung der einheimischen Agrarprodukte. Herr Fleischers erwähnte selbst, daß für die Mittenerbsicherung keine Mittel vorhanden sind; Schuld daran trägt das Zentrum, weil es der Getreibeausfuhrprämie ohne Ursprungsnachweis zugestimmt hat. Dadurch wurde es Getreidehändlern und Großgrundbesitzern möglich, deutsches Getreide unter Zahlung einer Prämie auszuführen und die Zollkassen um 60 Millionen Mark zu pressen.

Als die Regierung nun mit den neuen Steuern kam, teilten sich die Reichstagsparteien in drei Gruppen. Erstens die Sozialdemokraten, die die ganze Last der Besitzenden aufzulegen wollten, weil ja — abgesehen von allen anderen — das Militär ihren Interessen dient. Die Arbeiter haben keine Feinde, vor denen sie sich schützen müßten, außer dem Kapital. Die zweite Gruppe bildeten die Liberalen, die damit einverstanden waren, vier Fünftel den Armen, ein Fünftel den reichen Erben aufzuerlegen. Der dritten Gruppe, den Junkern, schloß sich das Zentrum an, das gar keine Besteuerung demüßigte, sondern nur einigen indirekten Versteuern zustimmte. Man kann also nicht sagen, die Beamten hätten nichts bekommen, wenn es nach der Sozialdemokratie gegangen wäre. Unsere Fraktion hat doch tatsächlich für die Erbschaftsteuer gestimmt. Wir hätten aber auch gern den Militäretat um diesen Betrag gekürzt. So weit Differenzen bei uns bestanden, tiefen sie sicher nicht darauf hinaus, Großgrundbesitz und Großkapital freizulassen; das wollte keiner von uns. Wir waren verschiedener Meinung darüber, wie wir den Reichen am besten abnehmen konnten. Dabei strebten wir allerdings zu einer Auflösung des Reichstages hin, und das war

unser gutes Recht. Die Abgeordneten sollen doch nur Volkservertreter sein und ihre Handlungen sollen in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Wählerschaft stehen! Die Regierung hatte aber 1906 erklärt, daß keine neuen Steuern kommen würden. Das Zentrum hatte erklärt, daß es keine indirekten Steuern bewilligen werde. Deshalb mußte die Entscheidung des Volkes angerufen werden. Wenn Sie Ihrer Wähler so sicher sind, warum dann die Furcht vor den Neuwahlen? Allerdings alle Nachwahlen zeugen davon, daß Sie diese Steuern gegen den Willen des Volkes bewilligt haben.

Nun behauptet Dr. Fleischers, gegen die Einführung der direkten Erbschaftsteuer beständen verfassungsmäßige Schwierigkeiten, gibt ein paar Minuten später aber zu, daß im Anfang mit dieser Reichsteuer schon gemacht sei. Ich habe schon in meiner kurzen Erwiderung im „Kronprinzen“ darauf hingewiesen, daß es auf die Besteuerung der „alten Dattel“ in Amerika nicht ankommt, sondern auf die der einheimischen Krupp, Schottländer, Thiele-Windler, Raffinieren, Magnis, Donnermark, Sakfeldt, Heydebrand, Willamowitz, Pies und wie die Herren mit ihrem riesenhaften Latifundienbesitz, Gruben und Fabriken alle heißen. Ihre adeligen Standesgenossen in England und Frankreich zahlen über 300 Millionen Erbschaftsteuer jährlich. Warum sind die deutschen nicht so patriottisch? Nun mußte der fleißige Sohn und die sorgende Gattin aufmarschieren, deren Erbgut zu besteuern sehr ungerecht sei. Aber es sollte doch erst dann besteuert werden, wenn es mehr als 20.000 Mark ausmacht. Bei 21.000 Mark Erbgut betrug die Steuer 105 Mark, bei 100.000 Mark Erbgut 3000 Mark. Sollten die fleißig arbeitenden 99.000 Mark Erbgut die Fortführung der Erbschaft nicht ausreichen? Ist es leichter, den Kaffee der Arbeiterfrau zu verzollen? Die Last ein frommer Mann ten Familienunterhalt überhaupt von solchen Geldgeschichten abhängig machen? Sollen arme Arbeiter, Handwerker und Beamte, die nichts verdienen, keinen Familienstolz? Dann müßte die Schonung des bürgerlichen Besitzes herhalten. Für Bauern würde die Bezahlung der Steuern sowieso auf zehn Jahre verteilt. Und wie bleibt der Bauernschutz bei der Haltung des Dr. Fleischers in Sachen der Weinsteuern, also gegenüber den durchweg kleinen Winzern? Diese hatten Zentrum und Sozialdemokraten gebeten, ihren Betrieb nicht durch Steuern zu erschweren. Die Sozialdemokratie kam dem Wunsche eifrig nach; vom Zentrum stimmten ein paar Abgeordnete dagegen, die gerade in Wetngenden den gewählten waren. Solche Luxussteuern bedeuten überhaupt nur Sand in die Augen des Volkes. Fünf Millionen Mark neuer Weinsteuern stehen achtzig Millionen Schnapssteuern gegenüber; ähnlich steht es bei den Automobil- und den Luxussteuern. Herr Fleischers ist Gegner der Erbschaftsteuer, weil sie durch Schenkungen umgangen werden könnte. Der Gesehtentwurf sah aber die Einbeziehung derjenigen Schenkungen in die Steuer vor, die drei Jahre vor dem Todesfall geschahen waren. Warum beantragte Herr Fleischers nicht eine zehn- oder fünfzehnjährige Frist? Auch die Frucht des mobilsten Kapitals ins Ausland würde oft sehr berunglückt, da das Ausland vielfach höhere Erbschaftsteuern erhebt, als wir. Auch konnte der Staat mit Repressalien gegen die Debitanten vorgehen. Das alles hat niemand besser als die Merkale „Adnische Volkszeitung“ bewiesen — allerdings vor drei Jahren!

Nun zu den Erbschaftsteuern. Eine direkte Reichs-Einkommensteuer haben die Sozialdemokraten, wie sich Herr Dr. Fleischers erinnern wird, selbst im Reichstage beantragt. Wenn sie gegen solche Besteuerungen diesmal stimmten, so nur deshalb, weil den volksfeindlichen Landtag die Ausführung überlassen werden sollte! Und was wir von diesen Landtagen in Punkt Steuern zu erwarten haben, zeigt doch die Annahme der Fahrpadsteuer im Abgeordnetenhause, die Ablehnung der Reihpferdsteuer und die Verkleinerung des Kadepachtstempels. Diesen Volksfeinden kann die Ausführung einer Besteuerung nicht überlassen werden. Bei der Wertzuwachssteuer waren die Sozialdemokraten bereit, zuzustimmen, wenn sie neben der Erbschaftsteuer eingeführt wurde; aber nicht, um die reichen Erben damit frei zu machen! Herr Dr. Fleischers antwortete mir, die Sozialdemokraten seien nur für kommunale Wertzuwachssteuern, aber die Reichs-Wertzuwachssteuer sei das Richtige. Dabei liegt gerade der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung ein Antrag des Merkales Herrn Jeron vor, wonach vom Reich verlangt werden soll, von diesen Steuern Abstand zu nehmen und sie den Kommunen zu überlassen. So sieht die Rede des Herrn Doktor Fleischers aus, und so sind die Taten der Merkale Parlamentarier. Bei Brausehähern, Säuglingsheimen ist es dasselbe. Sie werfen uns ja auch die Ablehnung des Invaliden-Versteuergesetzes vor, das uns zu wenig brachte; und beschweigen dabei, daß von fast 100 Zentrumsabgeordneten auch nur 13 für das Gesetz, über 80 aber dagegen gestimmt haben, weil es nach Ihrer Meinung den Arbeitern zu viel brachte.

Als Ersatz haben Sie nun eine Erbschaftsteuer eingeführt, die besonders die kleinen Schicks, also den Mittelstand, belastet; zweitens eine Latonsteuer, vor der die Kapitalisten sich nach Kräften drücken und welche die Städte ihren Steuerzahlern aufbürden müssen. Auch über die Grundsteuern beschwerten sich gerade die Kleinbauern, und mit der Fahrplatensteuer werden Sie sich keinen Dank bei Ihren Anhängern erwerben. Die Zustimmung zu diesen Versteuern rechtfertigt jedenfalls nicht Ihre gänzliche Umfallen bei den indirekten Steuern auf Zucker, Tabak, Bier, Branntwein, Kaffee, Streichholz, mit denen Sie dem Volke die Lebenshaltung verteuern und eine Anzahl Industrien aufs schlimmste gefährdet haben. Redner verweist die Zentrumszitate, die sich vor den letzten Wahlen gegen die Steuern ausgesprochen und vergleicht sie mit den Taten der Partei. Herr Dr. Fleischers hatte in seinem Vortrage auch starke Worte gegen das Großkapital gebraucht, auf dem Katholikentage habe ich dagegen die größten Verheugungen vor diesem Großkapital angesehen. Beim Borsen-gesetz war die Sozialdemokratie für jede Unterdrückung der wucherischen Manipulationen zu haben, nicht aber für die Unterbindung des Terminhandels überhaupt, die nur eine Vertreibung unseres Brotes zur Folge hätte. In seiner politischen Ausführungen fürdrte Herr Dr. Fleischers vom Zusammenwirken der Liberalen und Sozialdemokraten eine Unterdrückung der Kirche und um dabei auch auf den französischen Ministerpräsidenten Briand zu sprechen. Die deutsche Sozialdemokratie hält es eben für unmöglich, daß ein einziger abanzierter Minister Umwälzungen herbeiführen kann. Sie will die Mehrheit des Volkes auf ihre Seite bringen und gettogen von ihr ihre Ziele verwirklichen. Das die Unterdrückung der Kirche anlangt, so hat die Kirche selbst ihre Feinde im Mittelalter mit Jubelverfolgungen, Kreuzprozessen, Inquisitionen bis aufs Blut gepeinigt (Unruhe). Das hat noch keine liberale Regierung und wird niemals eine sozialdemokratische Gewalt gegenüber der Kirche getan. (Unruhe.) Sakfeldt hat

Herr Dr. Flescher mit starker Empfindung ausgerufen: „Noch nie hat ein Reich, das ultra montes (außerhalb der Berge) ist, sich so sehr vergrößert! (Sehr richtig!) Nein, sehr falsch ist das, meine Herren. Der Kaiser damals mündert mich, noch mehr aber der Kaiser Dr. Flescher. Sollte er nicht wissen, daß die katholischen Länder Frankreich und Spanien die Herde der Revolution in Europa sind? (Unruhe.) Daß katholische Bayern ihre Hand gegen Lola Montes und ihren königlichen Liebhaber erhoben, daß katholische Ungarn und römisch-katholische Polen, sich gegen ihren Kaiser empörten? Weiß er nicht, daß die katholischen Revolutionen im Unterstand mit dem Kaiser geführten katholischen Revolutionen der Kaiser gegen England? Kennt er nicht die Revolutionen in den katholischen Königreichen beider Sizilien, und die Revolution im Kirchenstaat Rom, die mit der Proklamierung einer Republik endigte? (Lachen.) Sie sind mit unverrückbaren Letzern in der Weltgeschichte eingetragene und zeigen uns, daß sich das katholische Volk nicht jede Unterdrückung gefallen ließ!

Nach alledem konnte ich zu dem Schlusse, daß die Zentrumspartei mit ihrer Ablehnung der Erbschaftsteuer, um die Reichssteuer zu schärfen, mit ihrer Zustimmung zu neuen Konsumsteuern, mit ihrer Zustimmung zur Ausfuhrsteuer, die Interessen der unermittelten katholischen Wähler auf sich werfen verfehlte haben, um wieder in die Macht zu gelangen. Viele Zentrumswähler sehen das selbst ein, und wie Dr. Flescher uns den guten Willen nicht absprechen wollte, fordern nur die höchsten Grundbesitzsteuern; Partei behauptet, so bin ich der Auffassung, daß die volkswirtschaftlichen Bestimmungen der Zentrumspartei das Resultat der falschen Auffassung sind, diese Partei könne alle Klassen der Bevölkerung gleichzeitig vertreten. Zu gleicher Zeit den Grafen Wagnis und seinen Grundbesitzer, den Fabrikanten Drechsler und seinen Weber — das ist eine glatte Unmöglichkeit! Sie können jetzt über die Sozialdemokratie, was sie sind und was sie wollen reden, ich will nur bemerken, daß ich mich auf die Finanzreform beschränken mußte. Sie können eine Resolution im Sinne des Zentrums gegen mich annehmen, da sie unter 49 sind, werde ich das nicht als einen stolzen Sieg empfinden. Aber ich zweifle nicht, daß viele Zuhörer einmal um eigenen Namen kommen werden und selbst finden, wo bei der Finanzreform das Recht liegt: beim Zentrum oder bei der Sozialdemokratie. (Einzelneller Beifall, Rufe: Wer laßt denn da?)

Arbeitersekretär Müller:

Ich bin genötigt, auf das einzugehen, was Herr Abbe vor 14 Tagen in der Proming-Versammlung ausgeführt und heute auch zum großen Teile wiederholt hat. Herr Abbe meinte, wenn die Sozialdemokraten in dritter Lesung gegen die Erbschaftsteuer gestimmt haben würden, so hätten sie die Steuer um mit den neuen Abgeordneten mehr Besitztümern herauszuschlagen. Es ist gut, daß der Parteitag der Sozialdemokratie schon vorbei ist, wo man entschiedener Front gegen die Steuer hat, die für die Erbschaftsteuer gestimmt haben. Das Zentrum hat auch gegen diese Steuer gestimmt in dem Bewußtsein, daß so wie die Verhältnisse lagen, der Staat dadurch gespart würde und es dann möglich wäre, eine bessere Finanzreform zu machen, als sie mit dem Staat gemacht worden ist. In Stelle der Erbschaftsteuer mit 55 Millionen in durch den Schatzkammer, wie man ihn nennt, eine Besteuerung von 175 Millionen Mark zustande gekommen, also noch mehr, als die Sozialdemokraten wollten. Die neuen indirekten Steuern sind von 400 auf 310 Millionen herabgesetzt worden.

Herr Abbe kam auch auf die Wertzuwachssteuer zu sprechen. Er sagt uns heute, der Abgeordnete Dr. Siedelmann hätte erklärt, die Sozialdemokraten würden für eine Reichs-Wertzuwachssteuer sein, wenn sie nicht lediglich an die Stelle der Erbschaftsteuer hätte treten sollen. Ich habe hier den stenographischen Bericht der Reichstags-Verhandlungen vom 10. Juli 1908 und muß Ihnen nun sagen, daß das, was Herr Siedelmann in den Mund gelegt hat, nicht wahr ist. (Lachen von Abbe: Es war eine Erklärung in der Kommission.) Ja, das ist so eine Sache; diese Erklärung kommt doch nicht in die Öffentlichkeit. (Redner verliest eine Stelle aus Siedelmanns Rede, die Abbes Behauptung bestätigt.) Ich sage, eine Partei, die wie die Sozialdemokratie sich gegen die Reichs-Wertzuwachssteuer erklärt hat, hat kein Recht sich über eine andere Partei aufzuregen, die für die Erbschaftsteuer stimmte. Wenn bei der Finanzreform nicht alles gut gegangen ist, so ist das Zentrum nicht schuld, sondern der Staat. Es ist auch nicht schuld an den vielen Schäden des deutschen Reiches und an den Kriegen in China und Afrika. Der Redner kommt dann ausführlich darauf zu sprechen, daß die Ursache des Elends im Wirtschaftsleben nicht, wie die Sozialdemokraten behaupten sollen, in der Warenproduktion zu suchen ist. Das religiöse und geistige Leben sei es vielmehr, das das wirtschaftliche Leben beeinflusst. Die wirkliche und wahre Ursache aller Misstände sei die Ablehnung von Gott und seinen Gesetzen. Die Lehre Christi muß maßgebend sein für unser ganzes Wirtschaftsleben. Und darum unterstützen wir eine Partei, die die christliche Weltanschauung unterliegt zum Ausdruck bringt, die Zentrumspartei. (Großer Beifall.)

Arbeitersekretär Müller-Waldenburg:
Es ist für notwendig, daß sich Deutschland ein starkes Heer und eine starke Marine hält, denn nur so ist das Reich zu schützen. Die Arbeiter seien an einem starken Heer am meisten interessiert, denn kommt der Feind ins Land, würde er vor allen Dingen die Arbeiter, die in den Institutionen der Alters-, Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung aufgestellt sind, beschlagnahmen. Das Zentrum hat dem Vaterlande die Mittel zur Verteidigung nie versagt und sich somit als der beste Freund der Arbeiter erwiesen. Ich vermisse in der Rede des Herrn Abbe, wo das Reich die 500 Millionen neuer Steuern entnehmen soll. Darüber sind wir einig, daß der, der einen großen Geldsack hat, besser bezahlen kann, als ein armer Mann. Aber die Einkommensteuer gehört den Einzelstaaten. In Preußen ist sie so gestaffelt, daß sie bei 100.000 Mark Einkommen 22 Prozent beträgt. Da bleibt für das Reich nichts übrig. Das Zentrum wollte mit seinen Steuern das Großkapital treffen, zumal wir doch unsere Marine gerade gebrauchen, um den Handel zu schützen. Warum entrichtet man sich so wegen der Erbschaftsteuer? Die sozialdemokratischen Kapitalisten konnten sich freilich mit einer solchen Einkommensteuer erklären. Die Regierung hätte ihnen ja gezeigt, wie man den Staat beschummelt, indem sie Schenkungen, die in den letzten zwei Jahren vor dem Ableben erfolgten, als Erbschaften angesehen wollte. Da würden die großen Vermögen alle rechtzeitig „notariell verkauft“ werden. Aber wir werden ja noch viel mehr Steuern gebrauchen, und das können wir auch eine Erbschaftsteuer einführen, bei der es keinen Ausweg mehr gibt. Auch Bebel muß Steuer zahlen, wenn er 200.000 Mark erbt. Ich kann heute schon prophezeien, daß wir noch viele neue Steuern brauchen werden. Wir haben den Anfang damit gemacht, den mißlichen Gewinn zu versteuern. Zunächst aber ist das Großkapital zu gut vertreten im Reichstage; Liberale und Sozialdemokraten sind seine Schutztruppe der Bürde geschwächt. Die Kaffeesteuer hat das Zentrum etwas nicht gutgeheißt. Es hat bloß dafür gestimmt, weil es keinen anderen Ausweg gab. Das Zentrum hat eine Reichstagsauflösung nicht zu fürchten, aber es ist wahrhaft patriotisch und will nicht, daß das Volk revolutionär aufgebracht wird. Die Sozialdemokratie hat gegen alle Bürgergefehle gestimmt. Den Terminhandel mit Getreide hat der Staat wieder eingeführt und die Sozialdemokratie hat ihren Segen dazu gegeben. Was ist denn der Terminhandel? Die größten Ertrüben machen die Preise. Jetzt haben wir zwar billige Getreidepreise, aber die Käufer können das Brot nicht billiger machen, weil sie wissen, daß die Spitzbuben an der Börse in vier Wochen das Getreide wieder in die Höhe treiben werden. Steuererhöhungen haben die Sozialdemokraten nicht gemacht, bloß schimpfen tun sie auf alle Steuern. Es ist ja richtig, daß auch manche Zentrumswähler unter dem Kummel ruhig werden, aber bloß solche, die liberale und unparteiliche, aber keine katholischen Zeitungen lesen. Wer eine katholische Zeitung liest, der läßt sich am Zentrum nicht irren machen. (Beifall.)

Arbeitersekretär Müller-Reichenbach:

Im Proletariat aus dem Eulengebirge“ werde ich immer als der unfähigste von allen Arbeitersekretären in Deutschland hingewiesen. Ich kann deshalb hierher, um von Herrn Abbe etwas zu lernen. So kam ich aber auch nach der Rede nicht geworden, daß ich den „Proletariat“ abonnieren mußte. Wenn Herr Erzberger prophezeit hat, daß 100 Millionen neue Steuern nötig sein würden und es sind dann 500 Millionen nötig geworden, dann hat er sich nicht schlimmer verrechnet, als Bebel mit dem großen Kadderabatschi. Wie es manchmal so ganz anders kommt, als man es sich vorstellt, darüber habe ich erst kürzlich in den „fliegenden Blättern“ ein Bild gesehen. Ein russischer Sozialdemokrat verwandelte sich da allmählich in ein Solange. Seit Erzberger seine Professur überließ, haben sich die Zeiten geändert. Es ist eben anders gekommen, als man dachte. Die Sozialdemokraten haben ja auch schon vor Jahrzehnten den Zukunftsstaat versprochen und heute ist die Unzuliebe noch größer wie früher. Gegen die Körperschaftsteuer haben die Sozialdemokraten gestimmt, weil dadurch auch die sozialdemokratischen Aktiengesellschaften getroffen wurden: der „Vorwärts“ und die Firma Singer, Aktiengesellschaft Nähmaschinenfabrik und Damenmantelfabrik. (Lachen und Lachen.) Das ist doch bekannt, daß die Firma Singer Nähmaschinen fabriziert und ihren Näherinnen schlechte Löhne gezahlt hat. Kühn hat es ja in einer Versammlung in Reichenbach gestanden, worauf es der Sozialdemokratie ankommt. Er sagte: Wenn die indirekten Steuern durch direkte Einkommensteuern ersetzt werden, dann haben wir in einem Jahre die rote Republik. Da leben Sie meine Herren, die Sozialdemokraten wollen Ihnen jebild Steuern aufhalten, das Sie in einem Jahre so gespart sind, daß Sie reich für die rote Revolution werden. (Beif.)

Eisenbahn-Obersekretär Duffe:

Für eine Abreise stelle England uns Bedingungen, daß wir kein sagen müßten. Wir lassen uns nicht an die Hand binden von England. Bälou ist nicht vom Zentrum gestützt worden; er hat sich selbst seinen Abgang bereitet. Von einer liberalen Herrschaft

können wir nur einen neuen Kulturkampf erwarten und deshalb mußten wir den Block sprengen. Wenn Abbe auf die Grenzprotektion hinweisen hat, so steht doch fest, daß sie gerade durch einen katholischen Mann an die Arbeit gekommen sind. An Tabaksteuern wollten die Freiwirtschaftler 80 Millionen und die Nationalliberalen 90 Millionen bewilligen. Das Zentrum hat bloß 45 Millionen bewilligt, ich begrüße also nicht, wie man uns einen Vorwurf machen kann. (Beifall.)

Nach dieser Rede begann die Abwägung unseres Gesonnen, der sich in mehreren Bemerkungen zur Geschäftsordnung zur Wehr setzte, aber doch nicht mehr zum Worte zugelassen wurde.

So konnte er Herr Duffe nicht mehr darauf hinweisen, daß dieser das sozialdemokratische Programm nicht zu Ende gelesen hat, bis zu jenen Punkten, wo die Steuern aufgeführt sind, für die die Sozialdemokratie eintritt. Daß 1893 zwar nicht das ganze Zentrum, aber 10 bis 12 Abgeordnete als zur Wehr zu notwendig waren, für die Militärvorlage gestimmt hatten. Er konnte auch nicht mehr darauf hinweisen, daß alle angelegten Revolutionen stattgefunden haben, ehe der erste Sozialdemokrat seine Agitation begann. Daß es gerade die Sozialdemokratie ist, welche durch ihre Vorkriege und ihren Schnapsboykott die Währungsversuche der Zwischenhändler und Fabrikanten abwehrt. Erzberger hatte versprochen, das Zentrum werde keine neuen Steuern bewilligen und dieses Versprechen sei gebrochen worden. Darum handle es sich, nicht um irrtümliche Prophezeiungen. Jetzt verspricht Herr Müller eine Erbschaftsteuer für die Zukunft. Im Verprechen ist das Zentrum immer groß gewesen, wie die Beispiele zeigen. Ob das Zentrum der größte Vaterlandsfreund ist, das immer die Ehre Deutschlands beschützt, das kann es ja mit den anderen Patrioten ausmachen, die dem Zentrum diesen Rufum streitig machen und deshalb den Reichstag auflösen. Wenn Herr Müller so über die Feinde jenseits der Vogesen donnert, mußte er doch daran denken, daß es sich dabei um seine lieben katholischen Glaubensgenossen handelt. Genosse Abbe hätte in seiner Erwiderung auch darauf hinweisen können, wie weit die heutige Kirche mit ihrem Reichum und ihrer Pracht von den Lehren desjenigen abgewichen ist, der nicht wußte, wo er sein Horn hinlegen sollte. Wie wenig sich mit dem Sage vom Kamel, das eher durch ein Nadelöhr geht, als das ein Neicher in den Himmel kommt, das Verhalten der Katholiken Grafen und Kapitalisten vereinbaren läßt! Er hätte darauf hinweisen müssen, daß im Breslauer Stadtparlament die Sozialdemokraten gegen die frommen Zentrumsklause für die Sonntagruhe kämpfen müssen und daß die „Hand voll Spitzbuben“, von denen Herr Müller immer sprach, doch ihr Handwerk durch dieselbe Regierung erleichtert erhalten, für die das Zentrum so kräftig eintritt.

Aber eine Erweiterung mußte deshalb auf alle Fälle verhindert werden, es konnten sonst ein paar Schächeln irren werden. Und wenn sie gehört hätten, ein wie großer Irrsinn die „Aktiengesellschaft für Nähmaschinen und Mantel-näheret des Genossen Singer“ ist, wegen deren die Sozialdemokratie die Latenzsteuer ablehnte, dann hätten wohl selbst die Getreuesten zu lachen angefangen. Aber wie die armen Leute angelegen werden, das beweist dieses Beispiel zur Genüge. Trotz der langen Reden ging niemand auf den Widerspruch der Zentrumsversprechungen und der Zentrumstaten, auf die Bewilligung der Militärvorlagen durchs Zentrum und auf die sonstigen zahlenmäßigen Beweise der Abbeschen Rede ein.

Aber schon jetzt jede Nachwahl für die gute Entwicklung unserer Partei in Bayern, Baden, in Rheinland und in Schlesien und beweist daß in immer mehr umnebelte Köpfen der Sonnenstrahl der Aufklärung dringt.

Von 100.000 Stimmen hat sich die Sozialdemokratie auf 3 Millionen 250.000 Stimmen emporgearbeitet, während das Zentrum stagnierte. Nun geht es bei uns stramm auf 4 Millionen los!

Politische Uebersicht.

Unsere Enthüllungen über die „wissenschaftliche“ Abstinenz-Bekämpfung der Spirituszentrale haben die Runde durch die Presse gemacht, und nicht nur in sozialdemokratischen, sondern auch in demokratischen Organen die gebührende Würdigung gefunden. So schreibt z. B. die „Welt am Montag“:

„Ein überaus interessantes Dokument zur Psychologie des preussischen Adels verdanken wir der „Volksrecht“ in Breslau. ... Also bisher hat man den Trinitbranntwein „lawfen lassen“. Aber jetzt will man „eingreifen“, um den Absatz zu steigern. In diesem Zweck will man „wissenschaftlich“ und „international“ gegen

Victoria.

Roman von Minna Kautsky. (Nachdruck verboten.)
Der tolle Musikapparat, der selbst keiner Anstrengung fähig war, sollte durch Ansetzungen und Reibungen, durch die Arbeit und Anstrengung einer anderen Person wieder in seiner Tätigkeit gehoben, und dem verflimmerten Zellengewebe verjüngende Kraft zugeführt werden.
Raditzky mußte sie nach Amsterdum, zu Dr. Wegger.
Alle Personen von Distinktion gingen dahin, es gehörte gleichsam zum guten Ton, und in Anbetracht dessen fügte sie sich dem vordere in alle Unbequemlichkeiten und Leiden, die diese Prozedur mit sich bringen würde.
Sie brauchte doch wenigstens nichts selbst dabei zu tun, das war ihr Trost, sie brauchte nur zu leiden; und litt sie denn jetzt nicht? Und welche Qualen würde eine ekle Frau nicht willig auf sich nehmen, um die Wohlglückseligkeit herbeizuführen, wieder schön und wohlgeformt auszugehen?
Sie schätzte bei dem Gedanken, wieder schön zu sein, und hätte noch ihrer Tochter Silvia, von der man sagte, daß sie ihr gleiche, und die trotz aller Heppigkeit, deren sich die junge Frau bereits erfreute, doch von einer so bezaubernden Kunst und Grazie war. Sie mußte gerade so gewesen sein, dachte Frau Fiedl, und es tat ihr jetzt nur leid, daß sie damals gar nicht wußte, wie schön sie war.
Aber sie nahm sich vor, sobald nur ihr Zeit wegemacht war, wieder anstrengender zu werden, so gewiß, sie hatte auch noch das Recht dazu.
Auch in diesem Augenblick gingen ihre Blicke an ihrer Tochter Silvia, jetziger Antonin Waller, die vor einem großen Spiegel stand und in lockender Begehrtheit Stoffe und Spitzen, Güte und Lederstoffe probierte. Diesen jungen Schatz, um dem hunderttausend, hunderttausend, dem herrlichen Leinwand, fanden alle Herren und Damen vorzüglich, und unter allen Anwesenden herrschte nur eine Stimme der Bewunderung.
Auch der Gatte, Anton Waller, ungeschmeichelt sein Verhalten mit diesen Mägen und hübschen Redereien. Er war heute mit einem Strohfräher Rosen eingetreten und wollte dieselben eigenhändig in Silvia's Garten pflanzen, wurde jedoch be- deutet, daß der Augenblick dafür schlecht gewählt sei. Er begab sich nun, zugleich mit der Robbin, an seiner Frau herum zu fangern, für der Wandert über die hohen Schilfern zu laufen, und ihn wieder zurückzuführen, da ein Hund zu laufen. Hier einige Stellen zu besichtigen, aber eine Röhre weicher Stellen um ihren noch weichen Hals zu legen.
Sie hatte noch keine einen Verhör genommen, sie

schienen ihr unangenehm und sie versuchte ihn lachend in guter Manier davon abzubringen.
Sie sollte gehen, sie habe hier nichts zu tun, man brauche sie nicht. Als aber Augen und Finger des jungen Wipflings dreister wurden, schauderte sie einige Male wie im Widerwillen zusammen. Stille und Geduld dämmten hier etwas zurück, das bereits in jeder Faser dieses Körpers lebte und ihr doch nicht völlig zum Bewußtsein gekommen war.
Sie befand sich in einem ewigen Kampf von Vergnügungen und gesellschaftlichen Zerstreungen, sie hatte alles, was sie bis- her begehrt, was konnte sie noch wollen? Sie wußte es heute noch nicht genau, sie fürchtete sich sogar, einzugestehen, was sie nicht wollte.
Ganna war diesem petit comite zugezogen worden, obwohl sie augenscheinlich für alle hier in Frage stehenden Dinge nicht jenes Interesse zeigte, das bei einem so schönen Mädchen vorausgesetzt werden konnte. Mama war bei Ganna an jeder Art Zurückhaltung gewöhnt, aber heute machte sie dieselbe un- gebürlich.
„Wenn Du Dich ja gleichgültig verhältst, wie sollen wir dann Papa dafür interessieren?“ flüsterte Frau Fiedl ihr ge- sungen zu. „Wenn man Dich ansieht, könnte man wirklich glau- ben, es handle sich um ein Nichts, um ganz unbedeutende Dinge.“
„Ich halte sie wenigstens für überflüssig“, entgegnete Ganna, und ihr Ton war so klar und kühl, wie ein Morgenmorgen.
Mama Fiedls erblitzte Gesicht rötete sich noch mehr.
„Du bist immer so parodisch, Ganna, wir können uns doch nicht mit dem Notwendigen begnügen.“
Die Robbin flüsterte sich denken, zu intervenieren.
„Euer Gnaden, es wäre schlimm für uns und für die ganze Industrie, wenn unsere hohen Herrschaften sich den Luxus abzugeben sollten, das Unglück ist, daß sie zu wenig brauchen, aber nicht zu viel.“
Frau Fiedls kleines rundes Köschchen rumpfte sich vornehm, sie war einmal arglos, und da sie sich an Ganna nicht wagte, so entleerte sich ihre Galle gegen die Robbin.
„Man ist aber auch manchmal unverständlich, und stellt zu große Anforderungen an uns, wirklich enorm. Wir können nicht alle Geschäfte, die sich an uns drängen, im Brot er- halten, und können nicht ihnen zu Liebe, Madame Piccard, fünfmal im Tag die Toilette wechseln.“
Mama hatte Frau Fiedl übermäßig ausgelesen, als in diesen Augenblick, und in einem noch schärferen Ton über- gehend, fuhr sie fort: „Meine Tochter hat ganz recht, wenn sie dies alles überflüssig nennt, nachdem wir bereits unseren So- zialdemokraten mehr als hinlänglich geduldet haben. Was soll es heißen, Madame, und erst nachträglich mit dem eigentlichen

Neuwarentes bekannt zu machen, und sie besolgt damit eine Zankt, die ich nicht näher bezeichnen will.“
Madame Piccard nahm diesen vehementen Angriff mit wahrhaft frohlicher Gelassenheit entgegen.
„Euer Gnaden werden sich überzeugen können, daß ich diese jüngsten Moden selbst erst erhalten habe. Die großen Güter in Paris und London machen es nicht anders. Man bringt neues zu Anfang der Saison auf den Markt, und läßt das Gros sich damit versehen, und erst nachträglich kommt das Allerneueste für die Ausgewählten.“
„Und Sie, Madame, haben mich also zu dem Gros ge- rechnet?“
„Euer Gnaden hatten einen bestimmten Preisversteuern festgesetzt, wir durften ihn nicht hinauschieben.“
„Und wenn ich nun wirklich gesten abgerufen wäre, wie ich die Abfahrt hatte, was dann?“ Frau Fiedls Sohn wurde geradezu imponierend.
„Euer Gnaden wären diesen entzückenden, hochfeinen Novis- käten doch nicht entgangen.“
„O, gewiß nicht, aber ich hätte das große Vergnügen ge- habt, sie bei anderen zuerst zu erblicken.“
„Um dem zuvor zu kommen, bin ich eben hier.“
Die Robbin verbeugte sich mit großartiger Ruhe, sie hatte das letzte Wort, sie triumphierte.
In dem Augenblick trat Papa Fiedl mit einem Koffer in die Tür.
„Kinder, ich bringe Euch einen alten Freund“, rief er jovial, „laßt Euch in nichts stören.“
Aber der Besuch schien doch alle zu überraschen, und einen Moment war es, als stände ein schonverdrähtes Kad pöblich stül- aber bald war es wieder im Gange.
Silvia kam zuerst auf Fiedl zu und streckte ihm beide Hände entgegen. Sie war im Hut und Spitzenumhang und flüchte sich ihm lachend als Probiermamsell vor, woan ihr Gatte mit der schätzbarsten Miene einige gräßliche Witze machte, während Mama Fiedl sich auf ihren breiten Sitz noch begab- licher zurücklehnte. Sie reichte ihre selbstgepolsterte Hand so hoch hinauf, daß Fiedl nichts anderes konnte, als schlicht seine Lip- pen darauf zu pressen.
Ganna war ohne Bewegung geblieben, keine Muskel ihres schönen Gesichtes hatte sich verändert. Es war nur ein Hauch, der ihre bläuliche zarte Wangen rosig färbte und eben so rosig schwand, als er gekommen. Als Fiedl sich ihr näherte, blühte sie ruhig mit ihren großen Augen zu ihm auf, fast ein wenig neugierig. Dieser Mann hatte sie geliebt und war nun einer der ersten, der kam, um sie zu ihrer Verlobung zu beglückwün- schen. Er war also mit seiner Neigung fertig geworden, und hatte alles überstanden. (Fortsetzung folgt.)

Der Sieg von Koburg.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Als ein Sieg, ein glänzender Erfolg der Sozialdemokratie, wird, noch ehe die letzte Entscheidung durch die Stichwahl gefallen ist, der vorläufige Ausgang der Reichstagsersatzwahl in Koburg von der gesamten Presse ohne Unterschied der Partei anerkannt. Wie in Stollberg-Schneeberg und Reustadt-Landau, wie bei den Bezirksstagswahlen in den Reichslanden, den Landtagswahlen in Sachsen-Meiningen, wie bei den verschiedenen Landtagsnachwahlen in den einzelnen deutschen Vaterländern zeigt sich auch hier dasselbe Bild: Kapitales Anschwellen der sozialdemokratischen, rückender Niedgang der bürgerlichen Stimmen. Jetzt kommen die Reichstagsersatzwahlen in Halle und Landsberg-Soldin, die Landtagswahlen in Berlin, Sachsen und Baden an die Reihe, und schon wagen die Gegner kaum ernstlich mehr den Siegeslauf der Sozialdemokratie aufzuhalten, überall gilt es schon als selbstverständlich, daß auch diese bevorstehenden Wahlen mit einem gewaltigen Gewinn für die sozialdemokratische Partei abschließen werden.

Die Wahl in Koburg gibt der reaktionären Presse erneute Gelegenheit, die Liberalen zur Stille und zum Anschluß an einen großen antisozialdemokratischen Block zu bewegen. Die Konservativen nehmen den Wahlausgang nur als einen neuen Beweis dafür, daß das, was sie die „liberale Steuerhefte“ nennen, nur der Sozialdemokratie zu gute kommt, den Liberalen selbst aber zum schweren Schaden gereicht. Also wird den Liberalen geraten, den Kampf gegen den Schnapsöl und seine Finanzreform einzustellen, und dieser Rat ist so gut und freundschaftlich gemeint, daß die Sozialdemokratie, wenn sie Neigung zu politischen Intrigen hätte, ihn nur nach Kräften unterstützen könnte. Vielleicht versuchen die Liberalen Kandidaten in Halle und Landsberg-Soldin, da es leicht herum nicht gegangen ist, einmal rechts herum, vielleicht unternehmen sie es, die Wähler über die segensreichen volkswirtschaftlichen Wirkungen der neuen Steuern „aufzuklären“, und sie zum Evangelium des Herrling und Seydbrand zu bekehren. Auf den Erfolg darf man gespannt sein.

In Wirklichkeit stehen doch trotz aller konservativen Verschleiervorwürfe die Dinge so, daß die Liberalen jetzt erst die Folgen ihrer Paarung mit dem Junkertum zu spüren bekommen; die Blockpolitik hat sie physisch und moralisch ruiniert, und was sie jetzt bei den Nachwahlen als traurigen Rest in der Hand behalten, das sind die Trümmer, die sie durch ihr allzu spätes Abschwerten in die Opposition gerade noch gerettet haben. Wenn jetzt in Koburg vom Freisinn die Lösung ausgegeben wird: „Für den Agrarierliebbling Quard, gegen den Sozialdemokraten!“ so wird die Folge davon nur sein, daß diese freisinnigen Wähler bedauern werden, nicht schon im ersten Wahlgang sozialdemokratisch gewählt zu haben.

Der Sieg von Koburg ist ein neuer unzweifelhafter Beweis dafür, daß es die Sozialdemokratie ist, der die Zukunft gehört, weil ihr in Zukunft, vielleicht einer gar nicht fernen Zukunft, das Vertrauen der großen Masse des Volkes gehören wird. Mit der Größe ihrer Anhängerschaft wachsen auch die Aufgaben, wächst die Verantwortungslast der sozialdemokratischen Partei. Aber keineswegs fühlt sie sich verantwortlich im Sinne einer ängstlich zaudernden Staatsanwaltschaft, die großen dringenden Entscheidungen aus dem Wege geht, weil sie

die „Verantwortung“ nicht tragen zu können glaubt. Ganz im Gegenteil haben die Massen das Recht, von ihrer Partei zu verlangen und zu erwarten, daß sie die neugeborenen Kräfte auch zu gebrauchen weiß zur Herbeiführung notwendig gewordenen unaußschießbarer Entscheidung, zur Durchsetzung des nächsten großen durch die Entwicklung der Dinge selbst ihr aufgedrungenen Kampfes. Das ist der Kampf um die durchgreifende Demokratisierung von Reich und Staat, vor allem um die Befestigung der Pluralität in Sachsen und die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen. In wenigen Tagen vollendet sich ein Jahr, seit der König von Preußen eine Wahlreform versprochen hat. Wo bleibt sie? Hat die Regierung des Königs nicht die nötige Courage, dieses Versprechen einzulösen, fürchtet sie sich zu sehr vor den Herren Junkern, wohl, dann müssen die Massen zeigen, daß es in Preußen noch eine stärkere Macht gibt. Als Kampfpartei hat sich die Sozialdemokratie bis hierher durchgeschlagen, doppelt und dreifach als Kampfpartei wird sie sich weiter ihren Weg brechen bei den bevorstehenden Wahlen, und in der preussischen Wahlrechtsbewegung. Denn nun heißt es erst recht: Mit rücksichtsloser Energie und verdoppelter Kraftanstrengung auf allen Gebieten unaufhaltsam vorwärts!

Der Ausfall der Wahl ist der bürgerlichen Presse schwer auf die Nerven gefallen, diesen enormen Aufschwung der Sozialdemokratie hatte man nicht erwartet. Die „Deutsche Tageszeitung“ erblickt in dem Ausfall der Wahl das Resultat der maßlosen Verheerung, die die Liberalen gegen die anderen Parteien betrieben haben und fügt hinzu:

„Von dieser Verheerung profitiert, wie wir schon oft gesagt haben und wie auch hier wieder bewiesen wird, lediglich die am weitesten links stehende, die radikalste Partei. Wenn die Liberalen ihre verheerende Tätigkeit auch jetzt noch weiter fortsetzen und dagegen nichts getan wird, dann werden wir in Halle und in Landsberg dasselbe erleben, wie jetzt in Koburg und in Stollberg-Schneeberg.“

Die „Post“ hält den Liberalen vor, daß ihre Hege gegen die Reichsfinanzreform sie selbst am meisten schädigen müsse. Das Blatt stellt die Parteien an:

Es ist wahrhaftig hohe Zeit, daß die bürgerlichen Parteien sich auf sich selbst und ihre vaterländische Stimmung wieder besinnen und sich zur gemeinsamen Abwehr gegen die sozialdemokratische Hochflut vereinigen.“

Die ganz besonders interessierte „Nationalzeitung“ findet, daß die Ersatzwahl das „voraussichtliche Ergebnis nur einen geringen Stimmenzuwachs hat, verfehlt das nur noch auf der ersten Seite nationalliberale Blatt die — Stichwahlen von 1907 mit dem Resultat der Hauptwahl von Montag. Der Rückgang der nationalliberalen Stimmen führt es auf die angeblich schwächere Wahlbeteiligung zurück. Schließlich kommt die Hoffnung zum Ausdruck:

„Angesichts des gemeinsamen Gegners werden sich die Freisinnigen bei der Stichwahl wohl zu den Nationalliberalen zurückfinden, um den Sieg der sozialdemokratischen Partei zu verhindern. Nach dem bevorstehenden Ausgang der letzten Wahlkämpfe wäre ein neuer Triumph der Sozialdemokratie geradezu die Verwirklichung der Ohnmacht der bürgerlichen Parteien, die die schlimmsten moralischen Folgen nach sich zieht.“

In dieselbe Kerbe haut natürlich auch die alldeutsche „Tägliche Rundschau“. Die „Germania“ kann ihre Schadenfreude kaum verhehlen, sie versichert, daß sie auf den Ausfall der Stichwahl sehr gespannt sei. Die liberale Presse

schleibt die Schuld auf die neuen Steuern. So meint die „Postische Zeitung“:

Die Haltung des Zentrums und der Konservativen bei der Reichsfinanzreform hat den Sozialdemokraten wieder Scharen von Mitläufern zugeführt, die, ohne der sozialdemokratischen Partei sich anzurechnen, durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels am freilichsten ihrem Unmut Ausdruck geben zu können glauben.“

Die „Berliner Volkszeitung“ faßt ihr Urteil dahin zusammen:

„Auch im Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha zeigt es sich, ebenso wie bei den kürzlich abgehaltenen Landtagswahlen in Meiningen, daß die allgemeine Unzufriedenheit über die Geldentwertung des schwarz-blauen Blockes in ganz Deutschland einen sehr hohen Grad erreicht hat. Soviel ist schon heute sicher: bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen werden die Wähler der sogenannten „Reichsfinanzreform“ diejenige Antwort erhalten, die sie verdienen.“

Das „Berl. Tagest.“ ist etwas heultüchlicher. Dort heißt es: „Siegt in der Stichwahl Herr Zietzsch aus Charlottenburg, dann können die Quard-Freunde mit dem erhebenden Bewußtsein nach Hause gehen, durch ihr Zehntelmehrfach mit der agrarischen Reaktion wieder einen urliberalen Wahlkreis der Sozialdemokratie in die Hände gespielt zu haben. . . . Die Sozialdemokratie hat lange warten müssen, ehe sie nach dem Dresdener Parteitag wieder Oberwasser bekam. Jetzt ist ihr infolge der reaktionären Steuerpolitik im Reich die Konjunktur wieder günstig, und die Nationalliberalen, obwohl sie doch selbst gegen die Steuern des schwarz-blauen Blockes gestimmt haben, sind leicht genug, sich noch weiter durch agrarische Velleitäten zu kompromittieren. Unter solchen Unklarheiten muß notwendig auch der Freisinn leiden, wenn er nicht den Mut findet, offen auszusprechen, daß er mit der nationalliberalen Partei, solange sie nur die Vorfrucht der Reaktionen ist, nichts zu tun haben will.“

Verblüffung auf der ganzen Linie, das ist die Wirkung, die das Koburger Wahlergebnis bei den Gegnern hervorrief. Hoffen wir, daß es uns gelingt, in der Stichwahl das Mandat zu erobern.

Partei-Angelegenheiten.

Der niederrheinische Parteitag, der Sonntag und Montag in Krefeld tagte, nahm nach einem Referat von Dempsbach über die Steuerpolitik im Reichstag folgende Erklärung zu der untenstehenden von Dittmann-Söllingen eingebrachten Resolution einstimmig an:

„Der Parteitag stimmt der allgemeinen Tendenz der Resolution Dittmann zu, sieht aber von einer formellen Beschlußfassung über dieselbe ab, da sie den Parteiorganisationen der Partei nicht zur Diskussion vorgelegen hat und der Parteitag über eine so wichtige Frage ohne vorherige gründliche Diskussion keine endgültige Entscheidung treffen wollte. Der Parteitag fordert aber die Genossen des Bezirkes auf, nunmehr überall in eine Diskussion über die Steuerfrage einzutreten und dabei die Resolution Dittmann zur Grundlage zu nehmen.“

Die Resolution Dittmann lautet: „Der Parteitag betrachtet es als ein Gebot grundsätzlicher proletarischer Politik, die Steuerfrage im Reich nicht isoliert und lediglich vom Standpunkt des kleineren Übels aus, sondern stets aus dem unserem grundsätzlichen Standpunkt zum Klassenstaat im Zusammenhang mit den Erfordernissen der allgemeinen politischen Situation und besonders mit der Schaffung demokratischer Verfassungsstände zur Entscheidung zu bringen.“

Der Bezirksparteitag für das holländische Westfalen und die lippsischen Fürstentümer fand am Sonntag in Brackwede bei Bielefeld statt. Der Bezirk umfaßt 12 Reichstagswahlkreise. Eine feste Organisation haben davon 7 Wahlkreise oder 4 im Vorjahre. Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Juli 1909 8338 (darunter 351 weibliche) gegen 6707 im Vorjahre; das ist eine Zunahme von 24,5 Prozent. Es bestehen zurzeit 83 Ortsgruppen gegen 32 im Vorjahre. Die 12 Wahlkreise hatten eine Gesamtzunahme von 30.261,01 gegen 27.711,87 Markt im Vorjahre und eine Gesamtzunahme von 22.680,15 gegen 18.408,11 Markt im Vorjahre. Sozialdemokratische Kommunalvertreter wurden im Bezirk gewählt 88, gegen 65 im Vorjahre. Unser Parteitag, die „Volkswacht“, hat die

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein neu entdeckter Tenor. Man schreibt aus Darmstadt: Ein Kunstfreund übte kürzlich auf seiner Wanderung einen prächtigen Tenorsang. Er ging der Stimme nach und fand den Sänger, der mit einer Waldarbeit beschäftigt war. Er heißt Hans Scherer mann. Der Großherzog von Hessen hat sich bereit erklärt, die Ausbildung des jungen Sängers finanziell zu bestreiten.

Ein neuer Marskontinent. Aus Paris wird gemeldet: Der Direktor des Observatoriums in Nem in Nordbrabant, Professor Jonckheer, hat bei seinen Marsbeobachtungen einen neuen Kontinent im Neomarsmeer entdeckt; der Mars war am 24. September kaum 28 Millionen Kilometer von der Erde entfernt. Es ist dies bereits der zweite Kontinent, den der Gelehrte entdeckt hat. Der neue Marskontinent liegt unter dem 100. Längengrad und dem 43. Grade südlicher Breite und hat den Namen Thaumaz erhalten. Ein anderer Gelehrter hat auf dem Mars mehrere noch nicht bekannte Kanäle entdeckt.

Weniger Eisen. Die gesamte Roheisen-Produktion auf der Erde ist im letzten Jahre gegen 1907 um 20 vom Hundert zurückgegangen. Und zwar betrug, wie „Stahl und Eisen“ berichtet, die Abnahme in den Vereinigten Staaten 38,5 vom Hundert, für Deutschland 9,5 vom Hundert und für England 6,4 vom Hundert. Unter diesen Umständen ist Deutschland 1908 mit 24,5 vom Hundert an der Gesamtproduktion beteiligt und sein Anteil hat wiederum gegen 1907 um 3 vom Hundert zugenommen. Auch der Anteil Englands ist nach der stetigen Abnahme der letzten 25 Jahre wieder etwas gestiegen. Dagegen ist die Leistung der Vereinigten Staaten blühlich von 43 auf 33 vom Hundert zurückgegangen. Sie lieferten 1908 etwa 16 Millionen, Deutschland beinahe 12 und Großbritannien über 9 Millionen Tonnen Roheisen. Noch stärker abgenommen hat die gesamte Eisenerzeugung, nämlich um 23,5 vom Hundert, in den Vereinigten Staaten um 40,5 vom Hundert, in Deutschland um 7,3 vom Hundert, in England um 20 vom Hundert. Trotzdem markierten auch in der Erzeugung von Flußeisen die Vereinigten Staaten mit 14 Millionen Tonnen des Jahres 1908 noch an der Spitze, und Deutschland folgt mit 11, Großbritannien mit 5 Millionen Tonnen.

Aus aller Welt.

Orkan in Mittelamerika. Aus Havanna wird über ein furchtbares Naturereignis berichtet: Der Orkan hat besonders im ganzen westlichen Teil von Cuba große Verwüstungen

angerichtet. Fünf Personen sind dort ums Leben gekommen und 25 verletzt. 40 Leichterschiffe sind im Hafen gesunken. Der in Havanna entstandene Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt. Das neue Spital für Tuberkulosekranke in Arroyo-Manajo ist eingestürzt. Viele Kranken erlitten dabei Verletzungen. — Aus Key West (Florida) wird weiter gemeldet: Infolge des Orkans liegt ein großer Teil der Stadt in Trümmern. Den Schaden an Eigentum schätzt man auf 2 Millionen Doll. Hunderte von Wohnhäusern und neun Zigarettenfabriken sind ganz oder zum Teil zerstört. Als der Sturm sich lezte, begannen Plünderer ihr Werk, worauf das Stadrecht verhängt wurde. Der Sturm erreichte eine Stundengeschwindigkeit von 100 Meilen.

Der Raubmord in Elbing. Der Mörder des preussischen Arztes Dr. Krause ist noch immer nicht verhaftet. Wie sich jetzt herausgestellt hat, handelt es sich um den früheren Lehrer Stolze aus Ramin. Er erzählt, als man ihn nach der Herkunft des Geldes fragte, das er mit vollen Händen ausgab, daß er sein väterliches Vermögen ausbezahlt erhalten habe. Sein Vater habe in Schlefien eine große Gießerei in Elbing gegründet, und er habe jetzt die Absicht, in Elbing ein ähnliches Unternehmen einzurichten. Diese Angaben entsprechen aber nicht der Wahrheit. Es ist vielmehr nachgewiesen, daß Stolze wiederholt größere Selbstbeträge in Elbinghoben abgehoben hat, die dort postlagernd für ihn eingetroffen waren. Woher das Geld stammte, ist noch nicht ermittelt.

Der schizophrene Raubmörder und ehemalige Lehrer Hermann Stolze steht auch in dem dringenden Verdacht, die Exprellungen an dem Elbinger Oberbürgermeister Editt, die diesen in den Tod trieben, verübt zu haben. Die Handschrift des schizophrenden Lehrers Hermann Stolze ähnelte, wie die Polizei hier feststellte, täuschend der Handschrift des bis jetzt noch unbekanntem Exprellers, der den Oberbürgermeister Editt vor wenigen Wochen durch seine Forderungen zum Selbstmord trieb. Sollte sich diese Annahme, die sehr viel für sich hat, bewahrheiten, so hätte man auch eine Erklärung dafür, daß Stolze alias Hanter sich seit dem 1. März d. J. ohne jede äußere Veranlassung und ohne Stellung in Elbing aufhielt, und man hätte auch eine Erklärung für die Geldbildungen, die Stolze postlagernd in dem nahe bei Elbing gelegenen Städtchen Süldenbroden empfing. Diese Summen, deren Abheben noch immer nicht festgestellt werden konnte, haben die Höhe von mehreren tausend Mark erreicht. In diesem Zusammenhang muß es auch als auffällig erscheinen, daß Stolze alle seine Postsendungen nicht im Soler empfing, sondern sie postlagernd abgab.

Todesurteil im Potsdamer Francemordprozess. Der Potsdamer Mordprozess gegen den Schriftsteller Morz Hadrabt wegen Ermordung der früheren Opernsängerin Josefine Rudolph erreichte noch im Laufe des Montag Nachmittags sein Ende. Der Angeklagte wurde zum Tode verurteilt. Der Staatsanwalt plädierte auf Tötung mit Überlegung und hat die Geschworenen, die Schlußfrage nach Mord und verlichem schweren Raub zu bejahen. Der Verteidiger erklärte, nur die Frage auf Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu bejahen und dem Angeklagten willerbende Umstände zugubilligen. Der Angeklagte Hadrabt erklärte, daß er die Frau nicht habe töten, sondern nur betäuben wollen. Nach der Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Nach einstündiger Beratung bejahten die Geschworenen die Schuldfrage nach Mord und schwerem Raubversuch, worauf der Angeklagte zum Tode verurteilt wurde. Er nahm das Urteil mit derselben gleichgültigen Ruhe auf, die er während der ganzen Verhandlung zur Schau getragen hatte.

Hauptmann Silbebrandt, dessen merkwürdiger Selbstmord in Hannover so viel von sich reden macht, ist derselbe Artillerie-Offizier, mit dem seinerzeit der Leutnant Raslowitz in Norderburg ein Duell hatte, in dem er fiel. Auch Raslowitz starb damals kurz vor seiner Hochzeit. Die Braut des Hauptmanns Silbebrandt, die Tochter eines in Hannover wohnhaften Offiziers z. D., ist infolge des Schreckens erkrankt.

Revision im Mordprozess Sobel. Aus Göttingen wird berichtet: Die wegen Ermordung der Opernsängerin Barthold zum Tode verurteilte Modistin Sobel aus Berlin hat gegen das Todesurteil Revision eingelegt.

Unteroffiziere als Kämpfer zu Rekrutenschießereien durch „alte Leute“. Vor dem Oberkriegsgericht in Pilsen standen fünf Soldaten vom Artillerieregiment „Graf Geyler“. Sie waren von dem Kriegsgericht wegen fortgesetzter schwerer Mißhandlung und Mißbilligung von Rekruten zu Strafen von 7, 8 und 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Angeklagten hatten, wie auch andere Angehörige der älteren Jahrgänge, gewohnheitsmäßig die Rekruten als „alte“ aus den Reihen „kommandiert“ und sie mit allen erdenklichen Gegenständen schwer mißhandelt. In ihrer Entschuldigungslehre sagten die Soldaten an, es sei ihnen, daß der jüngere Jahrgang von dem älteren Liebes bekommen; ihnen sei es auch so ergangen. In einem Falle wurde festgestellt, daß der Unteroffizier G. H. H. einen schweren Mißhandlungen mit angeordnet hat, ohne einzuschreiten. Ein anderer Unteroffizier, P. K. L., verweigerte auf die Frage, ob er den alten Leuten gesagt habe: „Die P. H. der Rekruten „esigen“, die Antwort: „Das Oberkriegsgericht verwarf die Berufung; die

Best der Abnehmer ziemlich geballen. Nur Walfelder wurde be-
schlossen: Als Wirtschaftsgeld für die Schaffung eines Unter-
stützungsfonds werden die Wahlkreise des Agitationsgebietes be-
stimmt. Mit der Förderung des Bildungswesens wurde der Bildungsausschuss für die Wahlkreise beauftragt. Ferner vertritt die Bezirks-
partei die Kreisorganisationen, mit aller Kraft für die Durch-
führung des Schnapsboulottes zu wirken. Zum internationalen
Kongress wurde Genosse Hoffmann-Wielefeld gewählt, Genosse Schred
als Erbsmann. Die Beiträge der Wahlkreise an das Agitations-
komitee wurden von 5 Prozent auf 7 Prozent der ordentlichen Jahres-
einnahmen festgesetzt.

Arbeiterbewegung.

Der Bergarbeiterkongress, der in voriger Woche in
Kreuznach getagt hat, beschloß eine Erklärung, daß die Zeit ge-
kommen sei, den Boden, die Bergwerke und Eisen-
bahnen in den Besitz des Staates zu überführen
und sie auf Rechnung des Volkes zu betreiben. Nur so
könne die Störung der hauptsächlichsten Industrien des Landes
beendet werden. Ferner wurde die Schaffung eines besonderen
Ministeriums für Bergbau gefordert, da im Mini-
sterium des Innern den Bedürfnissen der Bergleute, die ein
Neuzeit der Bevölkerung ausmachen, nicht entsprochen werde.
Seit 23 Jahren sei kein Mißgung in der Zahl der tödlichen
Unfälle zu verzeichnen. Ein Antrag, der das gesetzliche Verbot
der Akkordarbeit im Bergbau verlangte, wurde zurück-
gewiesen, da über die Frage in den einzelnen Bezirken noch
keine Einigkeit besteht. Beschlossen wurde, in eine energische
Bewegung für Erlangung eines Mindestlohnes von acht
Eckmark einzutreten, da Hunderttausende noch für weniger als
fünf Eckmark arbeiten. Gesetzliche Vorschriften wurden
gefordert bezugs allgemeiner Einführung der wöchent-
lichen 8 Stunden und des Verbots der Arbeit ungelerner
Arbeiter über 18 Jahren unter Tage.

Einmütlich der Haltung der Bergarbeiterabgeordneten Burt
und Genow, die es abgelehnt hatten, dem Beschluß des letzten
Kongresses entsprechend, von der liberalen Partei zur Arbeiter-
fraktion überzutreten, beschloß der Kongress, bei seinem Be-
schluß, der die Zugehörigkeit zur Arbeiterfraktion verlangt, zu
verharren. Die Entscheidung über die Wiederaufstellung der beiden
liegt bei der Bezirksorganisation von Rorbumberland, wo sie
gebildet sind.

Eine Friedenskundgebung fand gelegentlich
der Anwesenheit deutscher und englischer Kriegsschiffe zur Hudson-
Zusammenkunft in New York statt. Bei einem Anteil im Klub
der Deutschen, Österreichischen und Schweizer feierte der Admiral
Seymour, fernerzeit Führer der Eskadren nach Ostasien,
die wertvollen Dienste, die damals die deutschen Mannschaften
den Europäern geleistet hätten, worauf Großadmiral S. S. er
ihm die Hand schüttelte. Auch sonst wurden unter allgemeinem
Jubel Fremdschaftsbekundungen gewechselt. Die Einstellung der
Kriegsschiffe wäre eine ungewöhnliche Friedensbürgerliche. Neben-
dem hat das englische Geschwader bei seinem Besuch nicht
weniger als 200 Deserteure von seinen, belamisch ange-
kündigten Mannschaften verloren. Einige wenige wurden durch
Streifkommandos zurückgebracht. Bei dem Flottenbesuch in Kap-
stadt soll der Verlust noch größer gewesen sein.

Ausprägung in der bergischen Seidenindustrie in Sicht.
Die Unternehmer in der Seidenindustrie hatten am 9. Oktober einen
neuen Lohnvertrag ausgehandelt, der eine wesentliche Verschlechterung der
Löhne in sich barg. Die Arbeiter einiger Firmen haben am Freitag
die Kündigung eingereicht, mit der Erklärung, diese zurückziehen zu
wollen, falls die Fabrikanten sich verpflichten, bis zur Verständigung
der Tarifkommission der Seidenwebereibergwerkschaft die alten
Löhne weiter zu zahlen. Die Fabrikanten gingen darauf nicht ein,
sahen auch jede Verhandlung ablehnen zu wollen. Montag Abend
beschloß der Verband der Seidenwebereibergwerkschaft folgenden:
Weil die Kündigungen nicht zurückgenommen haben, und da, wo
die Arbeit bereits eingestellt war, diese nicht wieder aufgenommen
werden, sind sämtliche Arbeiter in unseren Betrieben, soweit sie auf
Kündigung arbeiten, die in der Handwerker-Mindestlohnliste vom
11. Juli 1909 enthalten sind, auf den 20. Oktober zu kündigen, so-
bald in diesem Artikel laufende Stühle von sämtlichen Mitgliedern
des Vereins mit diesem Tage stillgelegt werden. Dieser Beschluß
soll Mittwoch ausgeführt werden.

Es kommen in Betracht 800 bis 900 Gehilfen in den Fabriken
und 8000 bis 4000 Arbeiter in der Handindustrie.

Polizisten, vergewaltigt auch! In Würzburg ist ein
„Reichsbund Schützener Dorfpolizisten“ gegründet worden.
Das Eintrittsgeld wurde auf 3 Mk., der Mitgliedsbeitrag pro
Woche auf 25 Pf. festgesetzt. Wir wünschen den neuen Mit-
gliedern eine gesunde Entwicklung.

Der Streik der Schweiß- (Stahl-) Dreher bei der Firma
L. O. in Leipzig ist beendet, nachdem die Firma die drei ent-
lassenen Dreher wieder eingestellt hat und einen Vertrag anerkannt,
der die neunstündige Arbeitszeit festsetzt, den Vertrauensmann
und den Arbeitsnachweis des Arbeiterverbandes anerkennt und für
Ueberstunden 63/100 Prozent Zuschlag vorsieht.

Genossenschaftlichen, die existierenden Unteroffiziere, gehen natürlich
frei aus.

Wenn Guttschlag über. Wieder ist ein offenerischer
Guttschlag, der seinen Landarbeiter erschlagen hat, von bürgerlichen
Geschworenen, die zum Teil selbst Guttschlag sind, freigesprochen
worden. Es handelt sich um folgenden Vorfall: Der Justizmann
L. O., der beim Guttschlag Stoll bei Seidenberg tätig war,
hatte im Winter zu wenig Deputat erhalten. Sein 16 Jahre alter
Sohn wollte seinen Vater hierfür schadlos halten, indem er dem
Guttschlag 4 Kilogramm Gerste wegnahm. Der Inspektor Guas
forderte den jungen Menschen auf, die Gerste zurückzugeben.
Dieser sagte aber zu dem Inspektor: Wenn Sie
betragen, so kann ich auch nicht. Darauf erwidert
der junge Mann von Guas eine Ohrfeige, was sein Vater
bemerkte, der zum auf den Inspektor losgehen wollte, von
diesem aber einige Stocke erhielt. Darauf holte der
Inspektor noch den Guttschlag Stoll, beide bewaffneten
sich mit ihren eigenen Säbeln und gingen zum Stall,
wo ihnen der alte L. O. mit einer Forke entgegenkam. Stoll
schlug den Justizmann die Forke auf der Hand und versetzte ihm mit
dem eisernen Knüttel einige mächtige Stöße über den Kopf, worauf
L. O. hinter den Stall verließ und nach drei Stunden starb.

Tropfen von Rotweine keine Rede sein kann — der Staats-
anwalt selbst ist nicht wider Ansicht gewesen — da er Anzeige gegen
den Guttschlag und Inspektor erhoben hatte, wurde der Guttschlag
auch dem Schöffengericht in Altheim freigesprochen und nur der
Inspektor wurde zu sechs Monaten Gefängnis wegen gefährlicher
Mißhandlung verurteilt. Von der Strafe wurden ihm 3 Monate
Nachsicht zugesprochen. Der Guttschlag wurde gar nicht
verurteilt.

Die Bundesrichter in Ditzingen sind also — dank der Reichs-
Ange in ihrer Praxis — nicht ungeschick.

Die Tochter von der Offenbacher Schenke, die am
19. August sechs Monate im Alter und bei dem
Reichsanwalt nachkommen Arbeiter Wilhelm Schick als Opfer
erschossen hat, liegt noch heute in der Krankenanstalt. Die Frau wurde
in Folge einer, welche Entlassung die Schenke in dieser An-

Genosse Karl Scharfowitsch, Sekretär des Hafenarbeiter-
verbandes, ist am 10. Oktober in Hamburg gestorben. Als Sohn
armer Eltern lernte er die Not des Lebens schon früh kennen. In
seiner Heimatstadt Memel kam er bei einem Segelmacher in die
Lehre, ging dann später zur See und landete auf seiner Lebensfahrt
in den Hamburger Hafen, wo er als Hafenarbeiter Beschäftigung fand.
1908 trat er als Verbandssekretär in den Zentralverband des Hafen-
arbeiterverbandes ein. Scharfowitsch starb im Alter von 42 Jahren
an einem harten Magenleiden. Die ganze Wirterschaft des Prolet-
ariats hat er am eigenen Leibe kennen gelernt. Scharfowitsch war
einer von den Stillen im Lande; unermüdlich und rastlos war
er für die Interessen der Hafenarbeiter tätig. Scharfowitsch lebte in
kinderloser Ehe, seine alte, kranke Mutter in Memel, die er regel-
mäßig unterstützte, verlor er ihm einen treuesten Mitarbeiter und der
Hafenarbeiterverband eines seiner treuesten Mitglieder und eine hoch-
geschätzte Arbeitskraft.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Oktober.

Geschichtskalender.

14. Oktober.

- 1806 Preußens Niederlage bei Jena und Auerstädt.
- 1813 Beginn der Schlacht bei Leipzig.
- 1883 Russlands Aufruf an die Berliner Arbeiter.

Ämliche Erhebungen über die Wirkungen der Tabaksteuer.

Das baltische statistische Landesamt bringt das nach-
folgende Rundschreiben mit angehängtem Fragebogen zur Ver-
sendung:

- Gemeinde: _____ Frageart: _____ Amtsbezirk: _____
- Über die in der Tabakindustrie eingetretene Arbeiterentlassungen,
Verfälschungen der Arbeitszeit usw.
- Um einen Überblick über die auf das neue Tabakvergesetz
vom 15. Juli 1909 als Ursache anzunehmenden Arbeiterentlassungen,
Lohnverminderungen, Verfälschungen der Arbeitszeit oder der Arbeits-
menge im Tabakgewerbe zu gewinnen, hat auf Veranlassung des
Reichsstatistikamts das Gr. Ministerium des Innern uns mit einer
begleitenden Erhebung betraut, zu welchem Zweck wir Sie ergebens
um aest. umgehende Beantwortung nachstehender Fragen ersuchen.
- Rastenburg, 2. Oktober 1909.
- Gr. Statistisches Landesamt.
- Name und Sig Ihrer Firma: Tabakarbeiter-Genossenschaft.
E. G. m. b. H. i. Riga, Hamburg.
 - Art der Fabrikation (Zigarettenfabrik, Rauchtabakfabrik usw.)
 - Zahl der beschäftigten Arbeiter:
 - im Kalenderjahre 1908 durchschnittlich
und zwar Fabrikarbeiter
Heimarbeiter
 - im Kalenderjahre 1909 vor dem 15. August
und zwar Fabrikarbeiter
Heimarbeiter
 - zurzeit
und zwar Fabrikarbeiter
Heimarbeiter
 - Zahl der nach dem 15. August 1909 entlassenen und bis jetzt
noch nicht wieder eingestellten Arbeiter im ganzen
und zwar Fabrikarbeiter
Heimarbeiter

Wir bitten, auch die Fragen auf der Rückseite der Frage-
karte gefl. zu beantworten und sobald die ausgefüllte Karte unter
Benutzung des anliegenden Umschlages unfrankiert und gefl. um-
gehend wieder zuzusenden.

Sämtliche Angaben werden nur zu statistischen Zwecken Ver-
wendung finden.

- Falls Arbeiterentlassungen stattgefunden haben, kurze Angabe
der Gründe:

War etwa eine vor dem 15. August 1909 erfolgte zeit-
weise Erhöhung des Arbeiterstandes die Ursache von Ent-
lassungen nach diesem Zeitpunkt? (Ja oder Nein.) Wenn
Ja, in welchem Umfang zur Gesamtzahl der Entlassungen?
- a) Haben gegenüber dem Vorjahre Verkürzungen der Arbeits-
zeit (Festsetzungen usw.) stattgefunden? (Ja oder Nein),
Wenn Ja, in welchem Umfang?
- b) Ist eine Einschränkung der von Akkord- und Heimarbeitern
anzufertigenden Stückzahl von Zigaretten usw. erfolgt?
Wenn Ja, in welchem Umfang?
- Sind Lohnverabreichungen eingetreten? (Ja oder Nein). Wenn
Ja, welcher Art?
- Konnten entlassene Arbeiter anderwärts untergebracht werden?
(Ja oder Nein.) Wenn Ja, etwa in anderen Betriebsabteilungen?
(Ja oder Nein.) Wie viele? Oder in anderen Be-
trieben. (Ja oder Nein.) Wie viele?

gelegentlich einnehmen werde. Man rechnet damit, daß die
Schuldenhöhe Schritte gegen die Lehrerin Steig von der
Wahlbücherei-Schule, der man einen Teil der Schuld an dem
Unglück zuschreiben zu müssen glaubte, einleiten würde; es
hat sich aber nunmehr herausgestellt, daß die Schuld den
Standpunkt der großen Mehrheit des Publikums teilt und
der Lehrerin, die ohnedies genug gestraft ist, keinerlei
Schuld an dem Unglück beizumessen. Fräulein Steig, die bis
jetzt verurteilt war, hat nunmehr, wie uns unser Offenbacher
Korrespondent mitteilt, ihre Lehrtätigkeit an der Wahlbücherei-
Schule in Offenbach a. M. wieder aufgenommen. — Diese
Entscheidung trifft durchaus das Richtige. Wir hatten seiner Zeit
ausführlich darüber berichtet, in wie unverantwortlich leichtfertiger
Weise das Handeln der Schulleute ungeschickt war. Nicht die Krabben
und die Lehrerin kommen als Schuldige in Betracht, sondern die
Behörde, die seit Jahren hier ihre Pflichten vernachlässigt.

Typhus. In Offenbach a. M. ist eine Typhusepidemie an-
gebrochen. Ebenso sind in einigen Nachbarorten Typhuserkrankungen
vorgekommen. In Offenbach selbst liegen 20 Erkrankte vor. Die
vom Kreisarzt Medizinalrat Dr. Pfenninger angestellten Unter-
suchungen haben ergeben, daß mit ziemlicher Bestimmtheit Milch, die
von dem benachbarten Mühlheim in Offenbach eingeführt wurde,
Typhusbakterien enthalten hat, und so der Typhus in Offenbach ein-
geschleppt worden ist.

Ein Feuerkatastrophen in Straßburg. Dienstag Vor-
mittag gegen 7 1/2 Uhr brach in der Ludwigstraße ein Feuer
aus, welches eine größere Anzahl von Gebäuden vernichtete wurde.
Durch die Feuerwehr wurden bisher zwei Tot, drei Schwere-
verwundete und vier Leichtverwundete geborgen. Es konnte jedoch
noch nicht festgestellt werden, ob sich noch andere Verunglückte unter
den Erkrankten befinden.

Die Verhütung von Grubenkatastrophen. Augenblicklich
hält sich eine große Zahl deutscher Bergingenieurere in
Belgien auf, um die Sicherheitsmaßnahmen der Kohlenbergwerke
des Landes zu studieren. Obwohl die belgischen Bergwerke als die
sichersten und ältesten Europas bekannt sind, ereignen sich nach der
Häufigkeit in diesen Gruben viel weniger Katastrophen schlagender
Natur als in den deutschen Bergwerken. Die belgischen Ingenieurere wollen sich nun mit den Vorrichtungen be-
kannnt machen, die von den dortigen Bergwerken speziell zur Verhütung
der Grubenkatastrophen eingeführt worden sind. Das Unglück von
Rabod hat den unmittelbaren Anlaß zu der Studienreise gegeben.

5. Sind Arbeiter-Entlassungen oder Betriebsbeschränkungen in
den nächsten Monaten zu erwarten? (Ja oder Nein.) Wenn
nicht, etwa deshalb nicht, um die durch einen erhöhten Absatz
vor dem 15. August d. J. verminderten Lagerbestände wieder
zu ergänzen?
... den ... Oktober 1909.

Zu diesem Fragebogen wird uns von einem Fachmann
geschrieben:

„Mit der statistischen Erhebung an sich kann man nur
einverstanden sein; hoffentlich wird das Reichsstatistikamt die
Erhebungen im Monat Januar des nächsten Jahres wieder-
holen, da nach Ansicht familiärer Industriellen die volle Wir-
kung des Gesetzes erst im ersten Quartal nächsten Jahres zur
 Geltung kommen wird.“

Was die Frage nach den Lohnverabreichungen anbelangt,
so dürften darüber die Angaben der Fabrikanten wenig zu-
verlässig sein. Die Fabrikanten können unter Umständen
diese Frage formell richtig mit Nein beantworten, weil sie
bei den alten Fassons nichts abgezogen haben. Eine
ganze Reihe von Fabrikanten haben aber schon jetzt
einen Teil neuer Fassons eingeführt und führen fort-
gesetzt noch mehr ein. Obgleich dieselben schwerer
zu arbeiten sind, als die alten, zahlen sie dafür geringere
Löhne. Im übrigen unterstützt die Regierung die Fabrik-
anten in ihrem Bestreben, die Löhne zu reduzieren, indem
sie die Unterstellungen der Tabakarbeiter so rigoros hand-
habt, daß nach Verlauf von einigen Monaten nur noch ein
geringer Bruchteil der arbeitslosen Tabakarbeiter unterstützt
werden wird.

Vorsicht beim Ankauf von Türkenlösen.

In marktlicher Weise versenden verschiedene „Bank-
geschäfte“ und sogenannte „Prämienlos-Vereinigungen“, insbeson-
dere aus Hamburg, Prospekte, in denen Originallose einer „im
ganzen Deutschen Reich gesetzlich erlaubten Staatslotterie“ geg-
monatliche Zahlungen von 3 bzw. 5 Mark angeboten werden.
Wie viele Zahlungen nötig sind, wird in den Prospekten ver-
schwiegen. Dagegen wird ein Hauptgewinn von 600.000 Mark
in Aussicht gestellt; ferner sollen die Kleinsten Treffer, die „über
kurz oder lang gezogen werden müssen“, mindestens 194 Mark
betragen. — In Wahrheit handelt es sich hier um Anteile der
bekannten Türken Prämienanleihe, sogenannte Türkenlose,
deren Kurs in letzter Zeit binnen wenigen Tagen bis auf
163 Mark in die Höhe gegangen ist. Der Grund dieser auf-
fälligen Erhöhung war darin zu suchen, daß am 1. Oktober
eine Ziehung dieser Lose stattgefunden hat. Infolge der massen-
weise versandten Prospekte wird das breite Publikum zum An-
kauf von Türkenlösen verleitet. Jeder Ankauf bringt natürlich
eine neue Kurssteigerung. Den betreffenden Firmen gerecht es
dann zur großen Genugung, darauf hinzuwirken, daß sie wie-
der einmal recht geholt haben und daß man bei Befolgung ihrer
Wünsche mit Leichtigkeit viel Geld verdienen kann. Nach der auf
verschiedenen Zirkularen abgedruckten Ziehungsscheine sollten am
1. Oktober 1909 2000 Stück Lose gezogen werden, auf die nominell
780.000 Mark Gewinne entfallen. Leider hat man dabei ange-
geben vergessen, daß sich gegenwärtig weit über ander-
halb Millionen Türkenlose im Umlauf be-
finden. Die Aussichten, eines der tausend Gewinnlose zu kau-
fen, ist also recht gering. Zu berücksichtigen ist auch, daß nach
den Angaben auf die 1000 Stück nur eine Gesamtsumme von
etwa 432.000 Mark übrig bleibt. Uebrigens erfolgt auch nicht
etwa eine „volle Gewinnausszahlung ohne jeden Abzug“, wie in
den Zirkularen gesagt ist, sondern es werden die Gewinne nur
mit etwa 58 Prozent ihres Nennwertes eingelöst. Man kann
daher wohl behaupten, daß die Offerten dieser kleinen „Bank-
firmen“ unwahre Angaben enthalten. Der wahre Wert der an-
gebotenen Lose und deren Preis wird in absichtlich unklarer
Form verschleiert. Uebrigens besteht nicht einmal die Gewähr,
daß die Firmen, beziehungsweise deren Leiter, sich überhaupt im
Besitz der Originallose befinden. Nicht genug kann daher vor
dem gemeingefährlichen Treiben derartiger Banken und Prämien-
Gesellschaften, die selbst wenn sie ordnungsmäßig betrieben wer-
den, auf eine Ausbeutung des unvorsichtigen Publikums angelegt
sind, gewarnt werden.

Brandkatastrophe in einem Londoner Zirkus. Eine entsetzliche
Szene spielte sich Montag Abend gegen 9 Uhr einige
hundert Schritt von dem am diese Zeit stark beleuchteten Piccadilly-
Kreis ab. Herzerregende Schreie ertönten plötzlich aus einem im
ersten Stock in der Great Windmill Street gelegenen Zirkusgeschäft.
Polizisten eilten sofort zur Stelle, als eine in Flammen ge-
hüllte weibliche Gestalt aus einer Seitentüre des Hauses
herausstürzte und quer über die Straße in das Piccadillytheater
wollte. Hier trafen der Brennenden oder Mitglieder des Theater-
personals und die Feuerwehr entgegen. Kaum hatte man die Bren-
nende in den Hof eines Theaterarbeiters gehüllt und die Flammen
erstickt, als ein neuer Schrei ertönte und wiederum eine
brennende Frauengestalt aus dem Hause hervorlief. Zwischen
dieser war die Feuerwehr erschienen, die diese und eine dritte
brennende Frau bald von ihren Qualen befreite. Alle drei
wurden darauf in einem Wagen nach dem neuen Charingcross-
Hospital transportiert. Die Opfer sind die 42jährige Frau des Be-
sitizers des Haarpflegestudios Leon, dessen 19jährige Tochter und
eine Stubbin namens Lily Hochlich, die kurz nach der Ein-
lieferung in das Spital starb. Ueber die Entstehung des Brandes
ist bisher Sicheres nicht ermittelt worden. Man glaubt, daß eine
Benzinexplosion stattgefunden hat, die dadurch veranlaßt
wurde, daß beim Sengen des Haars der Stubbin ein Funke
auf eine offene Benzinflasche gefallen und daß das Feuer
dann auf die Frauen, die sich gegenseitig reiten wollten, über-
gesprungen ist.

Sträße über Däne? Der Bankdirektor Müller aus Scher-
beck, der seit Jahren an seine Anwesenheit als vormaliger Staats-
bürger festhielt, wurde am Montag von der Strafammer in Hildes-
burg zu einem Tage Haft verurteilt, weil er ohne Erlaubnis das
preussische Staatsgebiet betreten hatte. Das Gericht hielt für er-
weislich, daß Müllers Vater das dänische Bürgerrecht erworben hatte,
wobei sei auch sein Sohn ein Däne.
Was geschieht dann, wenn Dänemark den Waiselalter ebenfalls
nicht anerkennt?

Die letzten Wikons. Kanada hat einen unerleghchen Ver-
lust erlitten. Die Dänischen, die in den letzten Tagen in der
Provinz Alberta wütheten, haben laut „West-Telegraph“ auch die
Wälderreservation ergriffen, in der die 800 letzten Wikons von der
Regierung gehalten wurden. Die Tiere, die das Flammenmeer auf
sich zukommen sahen, durchdrachen ihre Umkleung und führten
ins Weite hinaus. Wahrscheinlich sind sie ein Opfer der Flammen
geworden. Die Herde bildet den letzten größten Bestand der Ur-
bewohner der amerikanischen Prairie.

Kommissar Wolkowik hat nun. Einen seltsamen Verlauf hat ein Prozeß gegen unser Blatt vor der Breslauer Strafkammer genommen. In der Nummer vom 5. September v. J. brachten wir folgende kurze Notiz aus Gottesberg:

Unrechtmäßige Verhaftung. Am Mittwoch Abend wurde Genosse Wolkowik, als er von dem Bahnhof kam und nach dem Bureau des Konsumvereins auf der Gartenstraße gehen wollte, von dem Kommissarius Wolkowik verhaftet, der Wolkowik nicht vorbeilassen wollte. Die Polizei scheint inzwischen das Unrechtmäßige ihres Handelns eingesehen zu haben, denn sie sagt im Wolkowik-Bericht, Wolkowik wäre wegen ruhestörender Äußerungen verhaftet worden. Für heute wollen wir nur mitteilen, daß sich Wolkowik beschwerdeführend an den Landrat gewandt hat, sowie bei der Staatsanwaltschaft Schwebelitz Strafantrag gegen den Kommissarius gestellt hat wegen Freiheitsberaubung, Mißbrauch der Amtsgewalt und fälschlicher Beleidigung, da es sich der Kommissarius nicht nehmen ließ, bei der Verhaftung von Wolkowik dreimal in den Rücken zu schlagen. Näherer Bericht folgt.

Genosse Wolkowik hat, wie in der Notiz angekündigt, gegen den Kommissar Wolkowik Strafantrag gestellt, doch ohne Erfolg. Dafür aber kam Genosse Wolkowik als verantwortlicher Redakteur unseres Blattes unter Anklage, weil sich Kommissar Wolkowik durch die Notiz beleidigt hätte. Gleichzeitig suchte man nach dem Verfasser der Notiz. Der „Verdacht“ richtete sich auf Genossen Teuber in Dittersbach und Genossen Wolkowik selbst. Beide „leugneten“, aber, einer mußte es doch eben gewesen sein, und so wurde Wolkowik mit unter Anklage gestellt. Etwa ein Jahr war so seit dem Erscheinen der Notiz vergangen, ehe die Sache zur gerichtlichen Verhandlung kam.

Im ersten Termine nannte nun Genosse Wolff den wirklichen Verfasser, als der Genosse Pohl aus Gottesberg in Betracht kam. Selbstverständlich ist dies mit seiner vollen Zustimmung und zwar lebhaftig zu dem Zweck durch das Zeugnis des Genossen Wolkowik den Wahrheitsbeweis voll zu führen. Obwohl dessen Unschuld also nun von vornherein feststand, wurde das Verfahren wider ihn aber nicht eingestellt; er blieb vielmehr unter Anklage, nur daß Genosse Pohl gestern als dritter mit auf der Anklagebank Platznehmen mußte.

Kommissar Wolkowik bestritt als Zeuge unter seinem Eide, Wolkowik geschlagen zu haben. Dieser behauptete ebenso entschieden, von Wolkowik geschlagen worden zu sein, was er jederzeit beschwören könne! Aber Wolkowik war eben „angeklagt“, dem das Gericht keinen Raub zu schenken brauchte, während Wolkowik geschoren hatte.

Der Staatsanwalt hielt eine Beleidigung des Kommissars für vorliegend. Indem ihm nachgefragt worden sei, er habe Wolkowik in den Rücken geschlagen, sei ihm Mißbrauch der Amtsgewalt zum Vorwurf gemacht. Durch das eibliche Zeugnis des Kommissars sei aber erwiesen, daß dieser Wolkowik nicht geschlagen habe. Gegen Wolff beantragte er deshalb eine Woche Gefängnis und gegen Pohl 50 Mark Geldstrafe. Wolkowik sei freizusprechen, nachdem seine Unschuld erwiesen sei.

Rechtsanwalt Wandmann plädierte auch für Freisprechung von Wolff und Pohl. Einmal seien die Behauptungen Wolkowiks, daß Wolkowik ihn geschlagen habe, durchaus nicht weniger glaubhaft, als die des Kommissars, sodaß der Wahrheitsbeweis als geführt zu erachten sei. Der Artikel sei auch zur Wahrung der berechtigten Interessen des Gottesberger Konsumvereins veröffentlicht worden, und da formelle Beleidigungen darin nicht enthalten seien, müsse auch aus diesem Grunde Freisprechung erfolgen. Freisprechung sei aber auch aus prozessualen Gründen geboten wegen der bezüglichen Wohl einsetzenden Verjährung.

Das Gericht hielt Wolkowik durch den Vorwurf, er habe Wolkowik geschlagen, für beleidigt. Verjährung sei nicht eingetreten, denn wenn die Anklage anfänglich auch nicht ausdrücklich gegen Pohl als Missetäter gerichtet war, so hätte sich die Untersuchung doch erkennbar gegen jeden etwaigen Missetäter gerichtet. Gegen Wolff wurden 50 Mark und gegen Pohl 50 Mark Geldstrafe festgesetzt.

Uns hat das Urteil nicht davon zu überzeugen vermocht, daß Wolkowik wirklich nicht geschlagen wurde, und dieser selbst ist noch zu jeder Zeit bereit, zu beschwören, er sei geschlagen worden. Wir müssen es deshalb unseren Lesern überlassen, selbst zu prüfen, was wohl richtig sein kann.

Ein Titelnarr. Vor etlichen Jahren starb in Breslau ein Fleischer, der seinem einzigen Sohne ein Vermögen von fast einer Viertelmillion hinterließ. Das viele Geld machte diesen Sohn, der von Hause aus wohl nicht gerade starkgeistig gewesen sein mag, völlig narrensch. Der bürgerliche Stand, dem er angehörte, genigte ihm beiseite, er wollte durchaus einen Adelstitel. Gute Freunde wußten ihm zu raten. Auf eine Annonce in den Zeitungen meldete sich ein pensionierter abligier Beamter aus der Provinz Posen, der bereit war, unseren Fischersohn zu adoptieren, aber nur gegen eine einmalige Abfindung von 50.000 Mark. Das Geschäft kam zu Stande, und der titelgierige Fleischer Sohn nannte sich jetzt D. v. Z., indem er seinem Vatersnamen den Adelsnamen seines Adoptivvaters anhängte. Selbstverständlich ließ er sich ein entsprechendes Wappen und Distinktionen kostbarer Ausführung anfertigen und platzierte auch seine Wohnung entsprechend aus. Als er jedoch öffentlich mit seinem neuen Titel auftrat, erfuhr davon das Gerüchliche Amt, und verbot dem neugeborenen Adligen die öffentliche Führung dieses Titels. Jetzt kam der enttäuschte Titelträger, wie er auf anderem Wege sein Ziel erreichen könnte, und Sellershoffer wußten ihm Quellen zu empfehlen, aus denen er hohe Orden zu erlangen hoffen durfte. Gegen eine Summe von etwa 40.000 Mark kam er wirklich in den Besitz solcher Orden, aber als er damit prunken wollte, wurde ihm die Freude zu Wasser, denn die Orden waren einfache Vereinsorden, mit denen er sich nur bei einem Million hätte brüsten können.

Aber unser Titelheld war auch damit noch nicht kurtiert. Er kam auf den Gedanken, sich zum Zwecke einer Befähigung ernennen zu lassen und wählte dazu auf Empfehlung netter Freunde die ansehnliche Badersbureau-Geländschaft des Kaiser-

postes Widerta in Sud-Afrika. Wichtig bekam er gegen Zahlung von etwa 15.000 Mark die Ernennungsurkunde und ließ daraufhin wiederum kostbare Ausstattungsstücke herstellen. Bald jedoch stellte es sich heraus, daß er jämmerlich angefaßt worden war, denn der genannte Freistaat unterhält keine Geländschaften und vor allem keine in Petersburg. Wer nun aber glaubt, daß nunmehr unser Titelnarr kurtiert war, irrt sich. Er suchte jetzt wiederum durch die Zeitungen nach einem Manne, der in seinem Namen als dessen Teil das Wörtchen „von“ führt, zum Beispiel vonbaum, vonsohl. Ein alter Invalide mit einem betriebligen Namen war denn auch gegen eine Abfindung von etwa 1000 Mark bereit, den Titelgierigen an Kindesstatt anzunehmen. In letzter Stunde machte aber das Gericht einen Strich durch die Rechnung, denn man erfuhr, welche Zwecke der Herr Z. mit dieser Adoption verfolgte und lehnte den Antrag ab. Darob großer Kammer, diesmal sowohl bei dem Titelnarr, wie auch bei dem alten Invaliden, der sich schon auf das Abfindungsgeld gewaltig gefreut hatte. Es ist anzunehmen, daß der Titelgierige seiner Neigung nicht eher entsagen wird, als bis das väterliche Erbe bis auf den letzten Rest verpulvert worden ist.

Ein Gerauf mit der „Volkswacht“ möchte die „Bresl. Btg.“ zu gern wieder anfangen. Da alle anderen Versuche nicht genügt haben, nennt sie uns zur Abwechslung einmal „gewerbsmäßige journalistische Straßschneider“. Auch damit aber wird sie ihr Ziel nicht erreichen. Die „Bresl. Btg.“ ist uns zu klein geworden und wir zu groß, als daß wir mit ihr noch unsere Zeit vertreiben könnten.

In der Sache handelt es sich um den von uns mitgeteilten Angriff der „Schlesischen Volkszeitung“, den wir bereits zurückgewiesen haben, indem wir den Beweis für unsere Behauptung der Abhängigkeit bürgerlicher Redakteure antraten. So müßte die „Bresl. Btg.“ vermutlich nicht sein, um diese Beweise ihren Lesern mitzuteilen.

Aber da sie seit dem glänzenden Triumphzuge der Sozialdemokratie bei allen Nachwahlen und bei der ebenso glänzenden Blamage der Liberalen das Lied vom sozialdemokratischen Rückgang nicht mehr singen kann, sängt sie eben das vom schlechten Ton und vom schlechten Real wieder an. — Alles verstehen heißt alles verzeihen! Also verzeihen wir!

Wutausbrüche gegen die Sozialdemokratie eines Sozialdemokraten. Unter dieser sensationellen Schlagzeile wird von der bürgerlichen Presse, soweit sie auf dem Niveau des Reichsverbandes steht, folgende Notiz verbreitet:

Ein nahezu unangenehm vorzukommendes Stultkart gemeldet. Die konservative „Deutsche Reichspost“ berichtet: In der letzten Woche lag in Stuttgart in ihrem Zimmer eine arme kranke Witwe allein. Eine Diakonissin und der ausländische Geistliche besuchte sie täglich. Das war aber dem sozialdemokratischen Hausbesitzer gegenüber; er kündigte der kranken Frau sofort die Wohnung mit der Begründung, er bulde keine Diakonissin und keinen Pfarrer im Hause! Man möchte denken, an ein Mißverständnis zu glauben, so brutal ist die hier geschilderte Neuerung sozialdemokratischer Duldlosigkeit unter der Mäse! Religion ist Verbotssache!

Es liegt natürlich ein ganz anderer Schwindel vor. An die konservative Stuttgarter „Reichspost“ hat unser Stuttgarter Parteivorstand schon vor mehreren Tagen die öffentliche Frage nach dem Namen des „sozialdemokratischen Hausbesizers“ gerichtet, aber bis heute noch keine Antwort erhalten. Man ist nicht imstande, irgend einen Beweis anzuführen!

Die Kasanienreise und die Schulfinder. Die Kasanienreise erfreuen im Frühjahr durch ihre weißen Hüften den Naturfreund und spenden im heißen Sommer durch ihr dichtes Laubdach dem Wanderer erwünschten Schatten. Anders aber ist es jetzt mit ihnen im Herbst, wo ihre Früchte reifen. Sie bilden ein erwünschtes Objekt des Besizers für jung und alt. Während sich aber die „Großen“ mit den reifen, von selbst herabfallenden Kasanien begnügen, ist die Schulfinder damit nicht zufrieden. Mit Steinen knüppeln und dergleichen werfen sie nach den braunen Früchten, sodaß die Straßenpassanten ernste Gefahr laufen, vor diesen Wurfschüssen verlegt zu werden. Die Eltern sollten ihren Kindern dieses Versteck mit Steinen, Hölzern usw. verbieten. Sie laufen übrigens auch Gefahr, bei einem etwaigen, durch das Werfen hervorgerufenen Unfallsfall wegen mangelnder Ausübung ihrer Aufsichtspflicht haftbar gemacht zu werden.

Im Arbeiter-Vertreter-Verein, dem die Beisitzer der unteren Verwaltungsbehörde, die Ausschuss-Mitglieder, die Beisitzer des Schiedsgerichts für Arbeiter-Vertretung und die Beisitzer des Reichs-Versicherungsamts angehören, hielt Genosse Neulisch am 8. Oktober einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Unfall-Versicherung nach der neuen Reichs-Versicherungsordnung. Der Referent betonte hauptsächlich, daß das riesige Baugroßwerk wenig Neues bringe, was ein Fortschritt sei, daß dagegen Verschlechterungen geplant seien, die mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden müßten. Die Diskussionsrede schloß sich diesen Ausführungen an. Eine recht reger Aussprache entwickelte sich dann über die Rechtsprechung bei den Schiedsgerichten und beim Reichs-Versicherungsamt. Besonders wurde darüber Klage geführt, daß die Rechtsprechung fast ganz von den ärztlichen Gutachten beherrscht würde und die Beisitzer alle Mühe hätten, ihren Einfluß geltend zu machen, der ihnen nach dem Gesetz zukomme. Dabei kam man wieder auf Herrn Dr. Stempelel zu sprechen, der auch den Beisitzern immer wieder als Beisitzer sehr unangenehm auffalle. Die Sitzung war leider nur schwach besucht.

Lapezierer-Verband. Ueber die Entwicklung des Verbandes und die Lage der Lapeziererhilfen sprach am Montag in der „Scala“ der Bezirksleiter Hippold-Dresden an Stelle des durch Krankheit verhinderten Stoffer. Der Referent gab zunächst einen Rückblick auf die Anfänge der Organisation. Zunächst nur sei der Lapezierer-Verband in seiner Mitgliederzahl gewachsen, bis er mit der Zeit auf 8000 Mitglieder gestiegen ist. Der Verband hat viele Kämpfe zu bestehen gehabt und von Jahr zu Jahr sind die Ausgaben für Streikunterstützung in die Höhe gegangen. Die Kämpfe aber seien größtenteils von Erfolg begleitet gewesen, die Lage der Hilfen habe sich dadurch nach verschiedener Richtung hin geboben. Die Eöhne sind gestiegen und die Arbeitszeit ist gekürzt worden. Das seien doch nicht zu unterschätzende Erfolge. Die Lohnbewegungen sind jedoch immer schwieriger geworden, da auch die Arbeitgeber sich immer mehr organisieren und zu einem Bund sich aufzumachen streben. Sie sind bestrebt, die Gehilfenorganisation zu schwächen und deshalb sei es Aufgabe der Gehilfen, für die Erklärung des Verbandes nach Kräften zu sorgen. Viel sei erreicht worden, aber noch gar viel sei zu gewinnen, wenn die Gehilfen sich ihrer Sache bewußt werden. Die Forderung, mit der wir beauftragt werden, müsse die Arbeiter dazu bringen, die Lage zu verbessern. Durch die wirtschaftliche Krise sind die Reihen der Mitglieder etwas gelichtet worden, der Verband muß aber seine volle Stärke wieder erreichen, wenn er seinen Aufgaben gewachsen sein soll. Noch gar viele Kollegen ständen dem Verbands indifferent gegenüber, es gelte, diese heranzuführen, darum solle man energiegeland und organisiert werden. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Die Diskussion war eine reger. Kollege Friedrich und andere Redner ermahnten die Anwesenden, sich die Worte des Referenten zu Herzen zu nehmen. Die Breslauer Arbeitsbedingungen bedürften unbedingt der Verbesserung, man könne aber nur daran gehen, wenn die Kollegen sich Mann für Mann dem Verbands anschließen.

Verlorene Verbandsmarken. Auf dem Wege von der Rheingasse nach der Gräblichenerstraße bis zur Kochstraße hat ein

Unterklassler des Maurer-Verbandes 84 Verbandsmarken & Co. verloren. Der Finder wird gebeten, dieselben in der Redaktion der „Volkswacht“ oder im Bureau des Maurer-Verbandes abzugeben.

Schauspielhaus. Heute Mittwoch wird die Komödie „Der Wuntes Vozarschichten“ von Parlen und Roskop am 8. Male gegeben. Die Premiere wurde sehr beifällig aufgenommen. Donnerstag geht „Die Frierer-Gesellschaft“, Freitag wiederum die Komödie „Der Wuntes Vozarschichten“ in Szene. „Bergetts Gott“ die Operette von Leo Riker, die am Sonnabend ihre vierte Aufführung erlebt, wurde an allen großen Operettenbühnen mit großem Erfolg gegeben.

Ein Draht-Lieberabend. Frau Julia Culp wird am Freitag, den 16. d. M., im Bräuterei einen Lieberabend veranstalten, in dem sie nur Lieber von Draht & Scher bringt. Die Künstlerin, die seiner Zeit von einem Breslauer Kunst-Kritiker die Ehre unter den Konzertängerinnen Deutschlands genannt wurde, wird durch die Wahl gerade dieses Komponisten Gelegenheit haben, ihre hohe Kunst völlig zum Ausdruck zu bringen. Vorkauf der Billets im Verlagsbureau Parash und der Schletter'schen Buchhandlung.

Zu dem üblichen Unfall am Neubau der Waggonfabrik wird uns noch mitgeteilt, daß der Verunfallte der Arbeiter Krieger aus Neulisch ist. Krieger war am gleichen Tage erst bei der die Bauarbeiten ausführende Firma Blasch & Co. in Arbeit getreten.

Bergiftung durch Fleischglut. Der Hausbesitzer Paul Hahmann aus Breslau, Lehndamm 48, hatte vor einigen Tagen eine Tour in das Riesengebirge unternommen und in einer dortigen Gastwirtschaft Schweinebraten verzehrt. Nach der beendeten Mahlzeit wurde Herr H. sofort krank und starb auf der unmitelbar darauf angelegten Rückreise, noch bevor er Breslau erreicht hatte. Nach den Ermittlungen von zwei hiesigen Ärzten liegt zweifellos Vergiftung durch Fleischglut vor. Der kühnste Sohn des Verstorbenen, der ebenfalls eine Portion Schweinebraten gegessen hatte, ist nicht erkrankt.

Einer Schwindlerin zum Opfer gefallen ist ein hiesiger Schneidermeister. Auf die Vorspiegelung hin, sie heiße Winert und wohne Lehndamm, übergab er ihr einen fertigen und zwei zuge schnittene Damenmäntel im Gesamtwerte von 75-80 Mark. Die Frau war klein, schlank, hatte volles, rundes Gesicht und hellblondes Haar. Bekleidet war sie mit schwarzem Rock, schwarzer Bluse und schwarzem Kopfschal.

Wasserleiche. Dr. Kuras ist am 10. d. M. aus der Ober eine mündliche Leiche gelandet worden, die etwa 2 Wochen im Wasser gelegen haben kann. Die betreffende Person ist etwa 40 Jahre alt gewesen, trägt braunen Schnurrbart und volles rothbraunes Kopshaar. Am Körper ist irgend eine Verletzung, die auf eine Gewalttat schließen ließe, nicht zu bemerken. Verleitet war der Tote mit dunklem Jackett, grauer Hose, schwarzen Handschuhen. Das weiße Hemd trug als Brauer H. S. In der Tasche fand man eine Marke von der Kelling'schen Maschinenfabrik, ferner ein Notizbuch, das eine Rechnung vom 1. Oktober 1909 über Bäckereizutaten enthält, welche von G. Nidel aufgeführt worden war. Sodann finden sich in dem Notizbuche Notizen über Väterangelegenheiten und der Name der Ehefrau Pauline Sch., geb. Schwabe. Die Leiche ist im Leichenhause zu Kuras untergebracht. Angaben zur Ermittlung der Person des Ertrunkenen wolle man nach Zimmer 31.92 des Polizei-Präsidiums richten.

Schlafstellenschwinder. Am Dienstag wurde auf dem Nikolajplatz ein Mann verhaftet, der in mehreren Fällen Schlafstellenschwinder verübt hat. So hat er sich auf der Sildobanstraße unter dem Namen Paul Schwarz, angeblich Hausknecht aus Berlin kommend, eingemietet und ist dann unter Mithilfe einer Uhr des Schlafstellengenossen verschwinden. Der Mann ist groß und schlank, hat blaues Gesicht, ist barlos und stottert sehr stark.

Aus Schlesien und Posen.

Freie Gewerkschaft und katholische Arbeitervereine

Eine allbekannte Tatsache ist, daß sich unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften eine ganze Anzahl befinden, die gleichzeitig noch Mitglieder katholischer Arbeitervereine sind. So bedauerlich dieses an und für sich ist, so beweist dieser Umstand zur Genüge, daß auch beim katholischen Arbeiter das Bewußtsein und die Erkenntnis sich Bahn bricht, von welcher Seite die Interessen der Arbeiter am besten vertreten werden. Das ist natürlich den leitenden katholischen Kreisen unangenehm und man versucht mit allerhand Mitteln, diese widerwärtigen Mitglieder zur Umkehr zu bewegen. Daß man bei der Auswahl dieser Mittel durchaus nicht wählerisch ist, beweist folgendes Beispiel.

Am endlich einmal reinen Tisch zu machen und den Neulisch die katholischen Arbeitervereine von denjenigen Elementen zu säubern, von welchen noch einigermaßen Rücksicht vorauszusetzen ist, wurde vor einiger Zeit beschlossen, alle diejenigen, welche gleichzeitig Mitglieder der freien Gewerkschaften sind, auszuscheiden. Aus welchen Ursachen dieser Beschluß nicht durchgeführt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Man möchte einen anderen Weg, um diese Mitglieder nicht endgültig zu verlieren. Der Präsident des Vereins, Herr Hübner, ließ zwei dieser „Sünder“, von deren Zugehörigkeit zur freien Gewerkschaft er unterrichtet war, zu sich rufen. Bei dieser Gelegenheit warnte er beide mit den eindringlichsten Worten vor der religionslosen Gesellschaft und empfahl ihnen im Interesse ihres Seelenheils, zu den Christlichen überzutreten. Als nun einer von den beiden durchaus nicht davon zu überzeugen war und den Wert der freien Gewerkschaften speziell in Hinsicht auf den Fortschritt, wurde ihm die rüffelhafte Erklärung: „Ihm solle nicht bange sein, gerade er in Not, dann erstrecke ja das sogenannte Antoklusbrat, von diesem solle er getrost werden. Im Zweifel darüber, ob das herkömmliche Antoklusbrat identisch mit der Vermehrung der fünf bekannten Provinzen sei, verzichteten die beiden darauf. Sie versicherten dem Herrn Präses nur, daß sie der Religion trotz ihrer Mitgliedschaft in der freien Gewerkschaft treu bleiben wollten. Mit diesem Versprechen gab sich der geistliche Agitator zurück und entließ die beiden.

Nun besteht bei diesem katholischen Verein die Einrichtung, einen feind gewordenen Mitgliedern die Sonntage sowie die ersten drei Tage zu vergüten. Der Zufall wollte es, daß diese beiden durch Krankheit in die Lage kamen, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. Jetzt sollte der letzte Versuch gemacht werden, die irreführenden Seelen zur Umkehr zu bewegen. Es wurde ihnen eröffnet, daß sie erst das Krankegeld bekommen, wenn sie der freien Gewerkschaft den Rücken kehren. Erst dann sollte die christliche Nächstenliebe in Aktion treten. Als aufrege Männer lehnten beide diesen duldlosen Vorschlag ab, in dem Bewußtsein, daß es den Arbeiter doch erst durch Anknüpfen an die moderne Arbeiterbewegung sich unabhängig von den Pfaffen zu machen und alles daran zu setzen, aus eigener Kraft sein und seiner Familie Noz zu heffern.

Darum, Arbeiter Schlesiens, erkennt an diesem Beispiel, welchen Zwiesack herartige Vereine bieten. Man will Euch durch Strafen fortwährend in Abhängigkeit erhalten. Begehrt nicht, wie begehrend und zerkend, sochte nur unter Vorbehalt gewährten Unterstützung an. Weidert von selbst diese Art Vereine, in welchen auch die leiseste Willensänderung gemeldet wird.

Beleg, 13. Oktober. Höhe 1.4. Ueber einen augenblicklichen Beschluß eines Soldaten berichtet die „Preiser Zeitung“ folgendes: „Am Sonntag) Nachmittag spielten mehrere hiesiger Kinder in der Remonstranzstraße ein Spiel, bei dem die Kinder die Rollen der Soldaten spielten. Die Kinder waren durch die Spielregeln sehr aufgeregter. Die Soldaten spielten die Rollen der Soldaten. Die Kinder waren durch die Spielregeln sehr aufgeregter. Die Soldaten spielten die Rollen der Soldaten. Die Kinder waren durch die Spielregeln sehr aufgeregter.“

den heftigen Winterausbruch, der erst durch Herrn Dr. Rumbach...

Schweidnitz, 13. Oktober. Schwurgericht. Das Schwurgericht...

Dresden, 13. Oktober. Verurteilte Brandstifterin. Die wegen vorsätzlicher böswilliger Brandstiftung angeklagte Dienstmagd...

Riegnitz, 13. Oktober. Vohubewegung. Herr Alexander besitzt in Riegnitz eine Landwirtschaftslehranstalt...

Riegnitz, 13. Oktober. Freigesprochene Vorkontrollanten. Vom Schöffengericht wurden heute wiederum sieben Genossen...

Riegnitz, 13. Oktober. Eine adlige Robe. Unter dieser Ueberschrift brachten wir vor einigen Tagen die Mitteilung...

Riegnitz, 13. Oktober. Sittlichkeitsverbrecher. Der 62-jährige Arbeiter August Heller aus Bunzlau wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens...

Ostlich, 13. Oktober. Soldaten-Selbstmord. Am Montag erlosch sich der Unteroffizier Förster von der 2. Kompanie...

Ostlich, 13. Oktober. Ein schwerer Unglücksfall. Der Tod eines 16-jährigen Lehrlings zur Folge hatte, ereignete sich...

Ostlich, 13. Oktober. Ein furchtbarer Unfall. Ein Fall trat sich in Radebeul zu. Dort wollte der Vorarbeiter...

Glogau, 13. Oktober. Amtsniederlegung. Als Protest gegen die arbeitsfeindliche Haltung der Mehrheit der Stadtverordneten...

Herrnhut, 13. Oktober. Des Lehrers Pilgerfahrt. Ueber die wöchentliche Pilgerfahrt eines Dorfschullehrers ist in dem amtlichen Organ...

Wittenberg, 13. Oktober. Die Scharlachepidemie in der Gegend von Wittenberg...

Wittenberg, 13. Oktober. Die Scharlachepidemie in der Gegend von Wittenberg...

schalten Oregow und Godekshütte, wo die Schulen geschlossen werden...

Leobsdorf, 13. Oktober. Tragisches Ende einer Hochzeitsfeier. Am Schlusse einer Hochzeitsfeier, welche in einem besigen Lokale stattfand...

Posen, 13. Oktober. Totschlag. Der Gelegenheitsarbeiter Johann Jakobowski, Schroblerstraße 7 wohnhaft, geriet gestern...

Fraustadt (Posen), 13. Oktober. 1000 Mark Belohnung. Auf die Ermittlung des Mörders des am 23. v. M. in der Lußwitzer Forst erschossen aufgefundenen Anhaltischen Hirsjägers...

Schrimm, 13. Oktober. Beim Erntefest erstickt. Bei einem am Sonntag stattgefundenen Erntefest kam es zwischen dem Gußstahler Gild und dem einkommenden Arbeiter Siela zum Streit...

Stadt-Theater.

„Die Meistersinger von Nürnberg“ von Richard Wagner.

Die wohlverdienten und sehr gut besuchte Aufführung dieser geistvollen musikalischen Lustspiele...

Neueste Nachrichten.

Bruhn und seine Freunde.

Berlin, 13. Oktober. Der Deutsche Antisemitentbund veröffentlicht in der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Erklärung...

Ein schweres Eisenbahnunglück.

Berlin, 13. Oktober. (S. T. B.) Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern Abend am Wittenauer Weg im Norden Berlins...

Waisenverhandlung.

Frankfurt a. M., 13. Oktober. (S. T. B.) Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Heidelberg gemeldet: Die Nachricht der „Germania“, daß der Kaiser dem erzbischöflichen Vizekanzler...

Die bedrängten Junger.

Rögnitzberg, 13. Oktober. (S. T. B.) Die Konvention der Arbeitervereine nahmen eine Entschliessung an...

Der literale Mordplan.

London, 13. Oktober. „Times“ meldet aus Madrid: Der literale Ministerial prüfte um Mitternacht das Urteil gegen Ferrer...

Ein Passagierdampfer gesunken.

New York, 13. Oktober. (S. T. B.) Während des Orkans auf Cuba sank ein Passagierdampfer. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Danau, 13. Oktober. (S. T. B.) In dem Konflikt der hiesigen Goldarbeiter und Silberarbeiter ist nunmehr eine Einigung erfolgt.

Wien, 13. Oktober. (S. T. B.) In den Landtagen von Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg wurde gestern...

Triest, 13. Oktober. (S. T. B.) Heute Nacht hat eine Anzahl junger Leute beim spanischen Konsulat das Wappenschild herabgerissen.

Rom, 13. Oktober. (S. T. B.) Die russische Regierung kündigt den Verkauf des Faren in Italien offiziell an.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Table with columns for location, date, and water level. Includes entries for Regensburg, Passau, and other locations.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Anstufung wird nur ausnahmsweise erteilt.

Bersammlungen und Vereine.

Mittwoch, den 13. Oktober. Versammlung der Töpfer. Zimmer 1, beide Zimmer. Arbeiter-Radsportverein. Versammlung in der Saalstraße.

Das heimliche Gastmahl.

Donnerstag den 28. Oktober.

Ich sagte das, wie ich nochmals bemerkt, laß dich nicht... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Die vor Augen wachte an einem kleinen Sonnentisch... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Das heißt jedoch nicht sein. Ich habe dich nicht gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Der Kausier verlor sich in diesen Momenten an Gerill... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Man kann auch zinslos sein. Ich habe dich nicht gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

England und englische Schwärmer.

Wetter-Korrespondenz von H. H. H.

Ein Wunderwerk der Natur ist die etwa 15 Kilometer... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...

Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen... Ich habe dich nicht gesehen, aber ich habe dich gesehen...